

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Dieses Heft kostet 20 Pf.
Die Post bezahlt 1.20 M.
Gesetztes in der
Postverwaltung am 1.1.28.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: Nr. 35815 Postleitzahl Hannover.

Ausgabepreis:
50 Pf. für die 3 gepl. Zeitschrift.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. G. Meißner & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Pröll, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5228.

Die kommunistischen Verbandstagsdelegierten vor dem kommunistischen Partei-Forum.

Arme Teufel sind sie doch, die Mitglieder der KPD, trotz ihrer gemütsamen Stärke, die sich in tödlichen Präsenz auswirkt. Sie stehen unter russischer Polizeiauflösung und jedes ihrer Worte wird unter die Lupe genommen. So stark sind diese Leute von ihrem fortgeschrittenen Verständigungsgeiste schon selbst in Misleidenschaft gezogen, daß jeder KPD-Mensch in seinen nächsten Parteifreunden nur noch Vertrüger willt.

Die Reden der auf unserem diesjährigen Verbandstag in Hamburg anwesenden kommunistisch geächteten zehn Delegierten haben anscheinend der Berliner Russenfiliale gar nicht gefallen. Und man muß doch dem Fähnlein der zehn "Ausrechten" zugestehen, daß sie bei aller Ungeschicklichkeit drinnen und draußen, doch redlich versucht haben, so zu tun als ob nix. Nun mehr sollen die zehn braven Revolutionäre — obwohl sie traditionsgemäß ihre nichtkommunistischen Kollegen verläßt geschimpft haben — ihre Reden der politischen Zensur vorlegen. Nur das kann der Zweck des nachfolgenden Schreibens sein:

KPD. Kommunistische Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Adresse des Zentralkomitees: Wilhelm Pieck, Berlin C 25,
Kl. Alexanderstraße 28 (Karl-Liebknecht-Haus).
Telegr. Adr.: Kommpart Berlin. Tel.: Kupfergraben 5091.
Nachruf 4410. Postleitzahl: Berlin 102 254 Wdh. Pieck.
Wochung: XVI/2 403/28. Berlin, den 20. 11. 1928.

An den Genossen . . .

An alle Delegierten des Verbandstages der Fabrikarbeiter.

W. G.!

In der letzten Sitzung der Reichsfractionsleitung haben wir auch Stellung genommen zu den Veröffentlichungen im Verbandsprotokoll. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß dieses Protokoll eine plakative Forderung darstellt, die bestellt ist in der Hoffnung auf die Reden unserer Genossen. Unsere Redner erhielten ihre Rede nicht zur Korrektur, die Änderungen und Veränderungen wurden vorgenommen, ohne daß unsere Redner davon Kenntnis erhielten. Da das Protokoll von den Reformisten zum Kampf gegen die Opposition benutzt wird, haben wir alle Ursache, ganz energisch dieses Protokoll als falsch zurückzuweisen. Die Reichsfractionsleitung hat beschlossen, alle Gewalten aufzufordern,

1. beim Hauptvorstand Protest gegen das Protokoll einzulegen und zu fordern, daß ihr Protest auch im "Proletarier" und im "Keramischen Bund" veröffentlicht wird;
2. die Genossen, die auf dem Verbandstag gesprochen haben, sollen eine Nachtragstellung ihrer Rede verfassen und diese an den Hauptvorstand und an die Redaktion des "Proletariers" und des "Keramischen Bundes" einsenden. Gleichzeitig soll den Befremdenden mitgeteilt werden, daß man auch in der politischen Logesprese Protest erhebt, denn diese Zeitungen brachten gleichfalls die Berichte über den Verbandstag. Die Berichtigung und der Protest sollen dem Kommunistischen Presseamt, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28, und dem Sozialdemokratischen Presseamt, Berlin, Lindenstr. 3, zugestellt werden. Eine Abchrift ihres zu übermitteln.
3. Wir eruchen die Genossen, diesen Protest bis spätestens 30. 11. zu verfassen und einzusenden.

Mit kommunistischem Gruss

Zentralkomitee der KPD. Sekretariat (Gewerkschaft).

Unser Kollege Brey, der vor der Drucklegung des Protokolls die Korrekturabzüge nachprüfte, schreibt hierzu:

Was die kommunistische Partei doch für Sorgen hat. Und wie rasch ist sie mit ihrem Urteil fertig. Welche "Sachlichkeit" ihr dabei zur Verfügung steht, das ist einfach erstaunlich. Wer von der Reichsfractionsleitung hat eine Ahnung davon, wie das Protokoll abgefasst worden ist? Kein einziger, sonst könnte in dem Rundschreiben nicht die naive Behauptung stehen: "Unsere Redner erhielten ihre Reden nicht zur Korrektur." Das stimmt, aber auch kein anderer Diskussionsredner hat seine Ausführungen zur Korrektur zugeschickt bekommen. Nur wer über einen Tagesordnungspunkt ein Referat zu halten hatte, bekam vor der Drucklegung die Abzüge mit seinen Ausführungen vorgelegt. Vielleicht hat einer der "Reichsfractionsmitglieder" erlebt oder erfahren, daß auf dem Verbandstag in Hannover die Korrekturabzüge vorgelegt worden sind. Damals lagen das Tagungslokal und die Druckerei, die das Protokoll herstellte, eine Minute von einander entfernt. Die Reden gingen sofort in die Schrein und am anderen Morgen lagen schon die Abzüge den Delegierten vor. Diesen Vorteil hatten wir auf keinen der folgenden Verbandsstage, und deshalb wurden auch die Korrekturabzüge nicht mehr vorgelegt. Die kommunistischen Redner auf unserem Verbandstag wurden also nicht anders behandelt wie alle übrigen Redner. Die Reden sind stenographisch aufgenommen. Es ist ohne Kenntnis der kommunistischen Redner weder eine Kürzung vorgenommen, noch an Form und Inhalt etwas geändert. Das Stenogramm wurde nur überprüft auf Sprechfehler oder dergleichen Mängel. Nun ist vielleicht ein kommunistischer Kollege in den Verdacht geraten, eine verschleierte Rede gehalten

zu haben. Eine liquidatorische Rede kann kaum in Frage kommen. In seiner Verteidigung beruft sich jedenfalls der Angeklagte darauf, daß man sein Stenogramm gefälscht habe. Wir können für ihn diesen mildernden Umstand nicht gelassen. Es ist weder verkürzt noch gefälscht.

August Brey.

Kurz vor Redaktionsschluss ging uns folgende, dem "Klassenkampf", dem kommunistischen Parteorgan für Halle-Merseburg, entnommene Notiz zu:

Entschließung der Erweiterten Bezirksleitung zum Verhalten des Genossen Bassiner.

Die Bezirksleitung Halle-Merseburg verzerrt auf das entschiedenste die mit der Linie der Komintern nicht mehr zu vereinbarende politische Stellung des Genossen Bassiner, seine fraktionselle Tätigkeit, die Unterstützung der liquidatorischen Gruppe Brandt-Dahlemmer. Die Bezirksleitung Halle-Merseburg beauftragt das Zentralkomitee, sofort zur Feste Bassiner Stellung zu nehmen und die entsprechenden Maßnahmen gegen den Genossen Bassiner zu treffen.

Die Bezirksleitung Halle beschließt, daß bis zur Erledigung dieser Angelegenheit alle Funktionen des Genossen Bassiner raus.

Diese Resolution wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Die Unternehmer haben das Reichsgericht angerufen. Das ist zugleich ein Beweis, daß sie es noch lange aushalten können und wollen. Erst jetzt sind sie über die den Ausgesperrten gewährte staatliche Unterstützung. Sie verlangen von ihrer politischen Vertretung, der Deutschen Volkspartei, einen Vorstoß im Reichstag gegen diese Unterstützungsaktion. Die Herren fordern vom Staat Solidarität bei der Aussperrung der Arbeiterfamilie. Wir sind der Meinung, daß die Eisenindustriellen bis jetzt schon den Beweis erbracht haben, daß sie eine öffentliche Gefahr sind, die man unter Kuratel stellen soll.

An Rhein und Ruhr.

Seit Wochen tobte im Herzen der deutschen Industrie, an Rhein und Ruhr, ein schwerer Machtkampf, willentlich von dem Arbeitgeberverband seit langer Zeit vorbereitet und jetzt vom Janne gebrochen. Die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe haben diesen Machtkampf gewollt, jede Verschärfung von vornherein zurückgewiesen. Sie wollen Schlichter für die gesamte Industrie sein und erklären ganz offen, diese Auseinandersetzung im Interesse der gesamten Arbeitgeberchaft führen zu müssen. Ein Ende dieses großen Ringens ist noch nicht zu erkennen. Gewiß ist, daß der Ausgang dieses Kampfes für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, auch für die im Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes und des Keramischen Bundes beschäftigten Arbeiter von größter Bedeutung ist.

Es sind jetzt fünf Jahre her, daß dieselben Kreise "Rettungsdienst" für die deutsche Wirtschaft leisten wollten. Damals wandten sie sich zunächst an die Besatzungsgeneralen mit der Bitte, ihnen Unterstützung zu gewähren bei Wiedereinführung der vorkriegszeitlichen Arbeitszeit. Mit kalten Schultern waren sie zurückgewiesen worden. Dann hatten sie versucht, bei Wiederaufnahme der Betriebe der Arbeiterschaft die längere Arbeitszeit aufzwingen. Nach heftigem Geleit fanden die Unternehmer der nordwestlichen Gruppe Schlichtungsinstanzen und Regierungsstellen, die ihnen eine 80ständige wöchentliche Arbeitszeit schenkten. Was der nordwestlichen Gruppe damals gewährt worden ist, beanspruchen auch alle anderen Arbeitgeber. Die Folge war, daß die Arbeiterschaft auch in unseren Industriezweigen, besonders in der Papiererzeugungsindustrie, jahrelang unter der zwölfständigen Arbeitszeit schwanden mußte. Leider war die gewerkschaftliche Organisation so geschwächt, daß ernster Widerstand nicht geleistet werden konnte.

Hand in Hand mit der Einführung der verlängerten Arbeitszeit nahmen die Unternehmer eine Lohnkürzung vor, ohne Rücksicht auf die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft. Von Woche zu Woche wurde das Einkommen des Arbeiters niedriger. In unseren Industriezweigen sank der tarifliche Stundenlohn bis auf 40/41 Pfennig herunter. Einen Entbehrungsfaktor müßte die Arbeiterschaft auf sich nehmen, war die Begründung der Unternehmer für ihr brutales Vorgehen. Es könnten nur zwei Drittel der vorkriegszeitlichen Realöhne gezahlt werden, so behaupteten sie, wenn die Reparationslasten aufgebracht werden sollten. Jeder Appell an ihre Vernunft verhallte erfolglos. Rücksichtslos nutzten sie ihre Macht aus.

Mühsam nur gelang es, die Gewerkschaften im Westen Deutschlands wieder aufzubauen. Bald stellte sich heraus, daß jahrelange Aufklärungsarbeit nicht vorgeboren war. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Männer schlossen sich den Verbänden wieder an, trugen hierdurch mit dazu bei, daß der Einfluß der Gewerkschaften bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder ein größerer wurde. Von Tarifbewegung zu Tarifbewegung war es möglich, allmählich eine Angleichung der Löhne an die Lebenshaltungskosten zu erreichen, wenngleich auch heute noch im Westen in fast allen Industrien Löhne gezahlt werden, die niedriger sind als sonstwo in Deutschland. Mit Schrecken haben die Unternehmer erkennen müssen, daß es ihnen nicht möglich war, ihre vorkriegszeitlichen Methoden wieder in Anwendung zu bringen. Verstimmt sind die Stimmen, die damals in aller Öffentlichkeit das Ziel der Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften mächtig zerstört werden, hinausposaunten. Vor der zunehmenden Macht der Organisationen mußten sie sich, wenn auch widerwillig, biegen. Im gleichen Bogen keimten jedoch die geheimen Wünsche der Unternehmer fort. Uns können ihre heiligen Befeuерungen, daß der Kampf sich nicht gegen die Gewerkschaften und gegen die staatlichen Schlichtungseinrichtungen richtet, nicht überzeugen. Mit Gewalt wollen die Unternehmer jegliche Lohnerhöhung abrosseln. Dr.-Ing. Spiegelmann, der Leiter des Hoech-Konzerns, gab in einem an die ausgesperrten Arbeiter per Post zugesandten Flugblatt das Ziel des Kampfes in der nordwestlichen Gruppe mit folgenden Sätzen bekannt:

„Es muß endlich einmal begriffen werden, daß bei dieser Lage der verantwortungsbewußte Unternehmer es ablehnen muß, sich seine eigenen Schwierigkeiten durch

Privatekapitalistische Monopole — Feinde der Volkswirtschaft.

Wie wissen, daß Monopole vielfach Feinde einer gefundenen Volkswirtschaft gewesen sind, und die Zeit wird innerhalb nächster Frist ganz bestimmt noch diejenigen Monopole dulden, welche die Erkenntnis ausbringen, daß wir alle zum Dienst berufen sind an den Interessen des Konsums.

Fabrikarbeiter Theodor Löbel in Produktion und Wirtschaft. Verlag Hans Seifer, Bern.

Der Kampf der Satten gegen die Hungrigen, gegen Gesetz, Recht und Staat.

Die nordwestdeutschen Metallindustriellen haben bekanntlich gegen einen mit Gesetzeskraft erlassenen Schiedspruch Rekurs eingereicht und 230 000 Arbeiter ausgesperrt. Am 24. November hat sich die zweite Instanz mit der Anfechtungsklage beschäftigt und unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Kramer folgendes Urteil gefällt:

Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil vom 12. November dahin abgeändert: Die Klage wird abgewiesen und der Kläger verurteilt, die Kosten zu tragen. Der Wert des Objektes wird auf eine Million Mark festgesetzt.

Zur Begründung des Urteils macht der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Kramer, folgendes geltend:

Das Gericht ist zu der Auffassung gekommen, daß sich § 21 Absatz 4 und 5 im Rahmen der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober halten. Da keine Einigung zwischen den Parteien zustande kam, wurde der Schlichterkammer ein neuer Spruch aufgerichtet. Es wurde ferner festgestellt, daß bei der Fällung des Schiedspruchs bei dem Kollegium das Mehrheitsprinzip erforderlich ist. Aus diesem Grunde konnte der Kläger mit seiner Behauptung, daß der Schiedspruch deshalb ungültig sei, weil er nur mit der Stimme des Vorsitzenden abgegeben sei, keinen Erfolg haben. Es ist weiter zu beachten, daß der Spruch, den der Vorsitzende der Schlichterkammer verkündet, unantastbar ist. Dieser Staatsakt kann nicht mit der Begründung des schlechten Zustandekommens des Schiedspruches aus der Welt geschafft werden. Es könnte höchstens geltend gemacht werden, daß die Schlichterkammer nicht richtig zusammengetreten ist.

Der Vorsitzende erklärt weiter, die Tatsache, daß ein Tarifvertrag an sich noch besteht, schließe nicht aus, daß Interesse bestehen könnte, eine neue Vereinbarung zu treffen. Das in solchen Fällen der Staat nun gezwungen wäre, nicht einzutreten und sich nicht zur Verfügung zu stellen, würde ja eine Ohnmacht des Staates bedeuten. Der vorliegende Streitfall zeigt, wie notwendig das Schlichtungsverfahren sei und daß des Scheitern einer Gesamtvereinbarung nicht das Schlichtungsverfahren im Sinne des Gesetzes verhindert. Gerade die staatlichen Schlichtungstellen haben die Aufgabe, einen bestehenden Tarifvertrag abzuändern, um eine klarere Fassung zu erhalten.

Das Gericht hat weiter die Frage des Einbrucks in den Rahmenklausur geprüft und gelangt zu der Auffassung, daß bezüglich des Akkordlohnes ein Einbruch vorliegt, und zwar aus dem Grunde, weil § 9 Artikel 2 ausdrücklich bestimmt, daß der Verdienst geregelt ist. Es liegt somit ein Einbruch vor nach dem ganzen Inhalt des Paragraphen, der feststellt, daß bei weiteren Zugangs eine tarifliche Änderung stattfindet.

„Es muß endlich einmal begriffen werden, daß bei dieser Lage der verantwortungsbewußte Unternehmer es ablehnen muß, sich seine eigenen Schwierigkeiten

Prielerhöhung zu Füßen der Allgemeinheit vom Halse zu schaffen, denn es ist doch ganz klar, daß jede Lohn erhöhung in der Eisenindustrie auch für andere Gewerbe und Berufe das Signal gegeben hätte. Im nächsten Frühjahr laufen nämlich rund 80 Prozent der Tarifverträge ab, so daß Sie schon aus dieser einen Tatsache ersehen können, welche Lohn- und Preiserhöhungs-welle uns im nächsten Jahre bevorstehen könnte."

Und an einer anderen Stelle wird erklärt, daß aus diesem Gedankengang sich das Verhalten der Arbeitgeber in der nordwestlichen Gruppe zwangsläufig ergeben habe.

Also weil im nächsten Frühjahr eine große Anzahl Tarifverträge gekündigt werden kann und die Unternehmer in allen Industriezweigen Lohn erhöhungen zu befürchten haben, greift man in der nordwestlichen Gruppe zur Aussperrung. Es versteht sich, daß die Arbeitgeber befürchten, nur aus rein wirtschaftlichen Gründen gegen Lohn erhöhung zu sein. Ja, sie versuchen sogar, zu beweisen, daß sie diesen Kampf im Interesse der Arbeiterschaft führen.

Die Unternehmer spielen ein unehrliches Spiel. Können sie höhere Löhne nicht zahlen, wie sie behaupten, dann brachten sie wirtschaftlich nicht zu dem brutalen Mittel der Aussperrung zu greifen. Sie hätten sich vor Riesenverlusten schützen können, ohne Lohn erhöhung zahlen zu brauchen, wenn sie hierzu tatsächlich nicht in der Lage sind. Bei den Verhandlungen brachten sie nur ihre Bücher nebst sämtlichen Unterlagen, Kalkulationen usw. vorzulegen, um den Gewerkschaften die Nachprüfung über die Rentabilität der Betriebe zu ermöglichen. Hätten die Gewerkschaften feststellen müssen, daß eine Lohn erhöhung nicht fragbar ist, dann wären sie von sich aus dazu übergegangen, auf eine solche zu verzichten. Es ist wenig klug, zu behaupten, nicht zahlen zu können, wenn man sich ständig dagegen wehrt, die Betriebs- und Wirtschaftsverhältnisse nachzuprüfen zu lassen.

Die Unternehmer in allen Industriezweigen wollen keine höheren Löhne gewähren, wehren sich gegen jeden sozialen Fortschritt, wollen nunmehr unter allen Umständen einen Stillstand in der Entwicklung der letzten Jahre herbeiführen. Noch immer ist Schmalhans Küchenmeister bei den Arbeiterschaften. Der Kampf in Nordwest zeigt mit großer Deutlichkeit, daß noch mehr als bisher die Machtverhältnisse für die Lohnhöhe entscheidend sind. Daraus ergeben sich für unsere Mitglieder zwangsläufig Konsequenzen. Besonders im Westen Deutschlands muß sich unsere Kollegenschaft darüber klar werden, daß nur durch beschleunigte intensive Werbearbeit wir unsere Macht steigern können. Die in vielen Betrieben zu beobachtende Mäuseigkeit muß überwunden werden. Alle unsere Mitglieder sind verpflichtet, angesichts des Vorgehens der Unternehmer in Nordwest, sich an der Werbearbeit für den Verbund zu beteiligen. Es kann nicht nur Aufgabe der Vertragsleute sein, Agitation zu betreiben. Unsere Front muß gestärkt werden. Nur wenn alle noch abseits stehenden unorganisierten Arbeiterschaften und Arbeiter für den Verbund gewonnen werden, können wir von vornherein die Absichten der Unternehmer, die jetzigen Löhne zu stabilisieren, durchbrechen. Hierzu mehr denn je sind Lohnfragen Machtfragen. Steigern wir unsere Macht, dann schaffen wir die Voraussetzungen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, die im Interesse der Lebenslage der Arbeiterschaft und zum Wohle der gesamten deutschen Wirtschaft notwendig sind.

hr.

Reaktion in Ostpreußen.

Von Dr. Langmann.

Ostpreußen ist nicht nur seiner geographischen Lage wegen bekannt, sondern auch durch die Rückständigkeit der Unternehmer in sozialpolitischer Beziehung. Die Nr. 251 der "Südliche Zeitung" vom 24. Oktober 1923 enthielt einen Bericht über die Generalversammlung des Arbeitgeberverbundes für Lippe und Umgegend, der die Rückständigkeit der ostpreußischen Unternehmer, resp. ihrer Organisationen, scharf beleuchtet. Waren in diesem Bericht nicht Dinge enthalten, die die Arbeiterschaft betreffen, so könnte man ihnen zuhören zu den Akten legen. Aber gerade diese Tatsache veranlaßt mich, zu einer kritischen Betrachtung dieses Berichtes. Besonders unseren links eingestellten Kollegen, die die Tätigkeit der Gewerkschaften als Vertrag an der Arbeiterschaft betrachten, seien die Ausführungen des Syndikats dieses Verbundes, Dr. Kraatz, zum Studium empfohlen.

Herr Dr. Kraatz glaubt die wirtschaftliche Entwicklung seit Anfang des Jahres 1921 wie folgt charakterisieren zu können:

"Die gesamte deutsche Wirtschaft ist nur durch politische Gewalt regiert worden. Gerade das Element der politischen

Gewalt hat in der Lohnpolitik der Gewerkschaften eine große Rolle gespielt. Haben die Gewerkschaften früher nur bei ansteigender Konjunktur Lohnforderungen gestellt, so wird heute, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage, jede sich bietende Gelegenheit benutzt, neue Lohnforderungen zu stellen. Besonders zur Zeit der Reichstagswahl haben die Gewerkschaften eine geradezu siebenfache Tätigkeit entwickelt. Obwohl die Tilsiter Lebenshaltungsspitze während der Reichstagszeit um nur drei Punkte gestiegen ist, mußten Lohn erhöhungen von 20 bis 25 Prozent gewährt werden.

Unter dem Druck der Verbindlichkeitserklärung mußten Verträge mit Kraftwagenführern und Werkmeistern abgeschlossen werden. Die Folgen dieser Lohnpolitik sind Preissteigerungen und Tariferhöhungen bei der Reichsbahn und Post.

Es ist ein Skandal, daß die Rechtsanwälte auf den Arbeitsgerichten nicht zugelassen werden. Die Gewerkschaften haben hier das Monopol und besonders die Gewerkschaftsvertreter können schalten und walten wie sie wollen. Als ob es für sie keine gesetzlichen Schranken gäbe! (D. Verf.) Dazu dürfen heute die Gewerkschaften beim Arbeitsgericht den Antrag auf Einleitung und Durchführung der Wahl eines Betriebsrats stellen, der doch lediglich als Funktionär der Gewerkschaft gilt. (Was sagt z. B. der § 78 Abs. 2 BGB? D. Verf.) Sehr zu beklagen ist, daß die Werkvereine nicht zum Abschluß eines Tarifvertrages zugelassen werden.

Glück dem Arbeitslosenversicherungsgesetz! Es ist nur aus politischen Gründen entstanden. Der Arbeitnehmer wird durch dieses Gesetz direkt zur Arbeitsverweigerung angehalten. Die Unterstützungsrente darf nicht nach dem Durchschnitt der letzten drei Monate, sondern unter Zugrundelegung des Durchschnitts jahresarbeitsverdienstes berechnet werden. Besonders die "hochbezahlten Saisonarbeiter" suchen sich jeder Übernahme von Arbeit zu entziehen. Die Saisonarbeiter müssen überhaupt von der Erwerbslosenversicherung ausgeschlossen werden, oder doch die Wartezeit wesentlich verlängert werden. Das Erwerbslosenversicherungsgesetz fördert die Abwanderung aus Ostpreußen. In der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 30. Juni 1922 betrug der Abwanderungsüberschuss aus Ostpreußen 13 273 Personen bzw. Familien gegen 7498 im entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs. Besonders empfindlich ist die Abwanderung der Facharbeiter.

Die Forderung des Hamburger Gewerkschaftskongresses nach Wirtschaftsdemokratie und Ausbau der Sozialversicherung ist nur ein "Schlagwort" der Sozialdemokratie.

Das sind die wichtigsten Sätze aus diesem Bericht. Dazu seien einige Bemerkungen erlaubt:

Dr. Kraatz scheint nicht zu wissen, daß die Gewerkschaften an die ihnen abgeschlossenen Tarifverträge gebunden sind und Lohnforderungen nur dann stellen können, wenn Tarifverträge abgelaufen sind. Die Dinge liegen doch so, daß die Lohnforderungen nicht die Preissteigerungen bedingen, sondern umgekehrt, die Preissteigerungen die Lohnforderungen. Wie hoch sind die Löhne, besonders der "hochbezahlten Saisonarbeiter", in Ostpreußen überhaupt? Wir haben festgestellt, daß ländliche Siegeleien im vergangenen Jahre ihre Akkordarbeiter mit 18 Mk. (in Worten: achtzehn Mark) bei zweiwöchentlicher Lohnung nach Hause gebracht haben. Das ist nicht etwa eine Abschlagszahlung, sondern der regelmäßige Akkordverdienst in zwei Wochen.

Selbstverständlich ist das keine Regel; dank der Tätigkeit des freien Fabrikarbeiter-Verbandes ist es möglich gewesen, diese "Löhne" zu erhöhen. Leider ist es aber noch nicht gelungen, diese "Löhne" auf eine den Verhältnissen angepaßte Höhe zu bringen. Wie man da von "hohen Löhnen" in Ostpreußen sprechen kann, ist mir unverständlich, aber bei der reaktionären Einstellung der ostpreußischen Arbeitgeber, respektive deren Syndikat nicht weiter verwunderlich.

Obwohl es Dr. Kraatz nur zu gut bekannt ist, daß die klimatischen Verhältnisse Ostpreußens es nicht gestatten, länger als durchschnittlich fünf Monate in den Saisonbetrieben zu arbeiten, erhebt er doch noch die Forderung auf Ausschluß der Saisonarbeiter aus der Erwerbslosenfürsorge. Kommen diese Arbeitnehmer jetzt etwa alle zwei Jahre in den Genuss der Erwerbslosenunterstützung, sollen sie dann gänzlich dem Elend ausgeliefert werden. Trotz dieser, von Dr. Kraatz selbst geäußerten Schlechterstellung der Arbeitnehmerschaft, wandert er sich über den ungeheuren Abwanderungsüberschuss. Woran ist diese gegenüber dem Vorjahr um rund 90 Prozent gestiegene Zahl zurückzuführen? Doch nur auf die miserablen Löhne und die schlechte Behandlung der Arbeitnehmer. Wie reimen sich die "hohen Löhne" und diese erschreckenden Abwanderungszahlen zusammen? Würden sich die ostpreußischen Arbeitgeber zu menschenwürdigen Löhnen entschließen können, dann wäre auch der Facharbeitermangel behoben und die ostpreußischen Arbeitgeber bräuchten sich keine Stenotypistin aus dem Reiche zu holen, wie es in dem Bericht heißt.

Immer sind die Fenster belagert. Schulhäuser mit dem Namen auf dem Schild, verlassen den Heimweg. Junge Mädchen wünschen, anderweitig männlicher Schnüre voll, den Bezug und die Hilfe eines einzigen Haftlings. Alle Damen vergleichen den Schönheitswettbewerb und die Schönheit ihres eigenen Kindes daheim in der Stube.

Gefangen und liebwohl meinen sie es alle. Aber, ob das Gefier es amjo so ist? Ach! — unsere egoistische Liebe, unser Bedürfnis nach ihrer kleinen, unbeschreiblich lebendigen Gegenwart verleiht uns ja glücklich, daß sie sich glücklich fühlen in ihrer goldenen, satten Gefangenenschaft.

Kriminellsozialistisches Interesse lockt die grüheren Jungen vor die Räume der weichen Mäuse. Pauschalische Eidecken und Schildkröten. Ja, unverständiger, nie erstaunender Haft trennen sie weg, weitgehend Tiere der Freiheit. Seltzame Tollheit, die diese häuerlich trublalen Tiere auf dem Wohnraum des Gottes zu platzieren scheint. Und selbst am längsten der Erwachsenen, die hier scheinen eher und einem Gewimmel gekommen. Na, ich will keine weißen Mäuse sehen!

Aber, wann kommt der Tag am Türladen vorbei, daß der Schlüssel des Affenhausfestes. Sehr Monaten sitzen sie hier gefangen, zwei kleine niedliche Affen. Ein eingeschränkter, entstöttert Aff mit zwei abgeplatzten Sprossen knabbelnd gleichsam die lästigen Tiere, durchzähne Polyzelle das monotonen Grau und reiche Gestran ihrer Normalheimat. Sie nesteten sich auf ihre dunkle, eßliche Art die Zeit. Die zweiblättrigen Faschner

Die Forderung auf Zulassung der Werkvereine zu den Tarifabschlüssen muß recht selbstsam an. Das steht gerade noch, besonders in dem reaktionären Ostpreußen. Der Jahrzehntelang von den freien Gewerkschaften geführte Kampf um einen menschenwürdigen Lohn für die Arbeitnehmerschaft hat nun einmal zu tiefe Wurzel gefaßt, daß es den Arbeitgebern auch in Ostpreußen gelingen könnte, die Werkvereine mit der "Milchflasche" großzuziehen. Es ist vergebliche Mühe. Das Klassenbewußtsein auch der ostpreußischen Arbeiterschaft ist sowohl gewachsen, daß die Zellen des Herrn-im-Hause-Standpunktes vorbei sind. Die Arbeitgeber respektiv deren Syndikat werden sich schon daran gewöhnen müssen, daß der Arbeitnehmer nicht lediglich als auszubuhrendes Objekt angesehen werden kann, sondern daß er das Mitbestimmungsrecht noch weiter ausgebaut haben will.

Daher auch die Forderung der freien Gewerkschaften nach der Wirtschaftsdemokratie. Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nehmen es bitter ernst mit diesem "Schlagwort", und wenn nicht alles trifft, wird manches, was unter dem "Schlagwort" Wirtschaftsdemokratie zu verstehen ist, bald verwicklicht sein.

Welche Lehren muß die Arbeiterschaft aus dieser Generalversammlung ziehen? Auch den gehässigsten Gegnern der Gewerkschaften auf Arbeitnehmersseite muß diese Tagung die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zum Bewußtsein bringen. Wie wäre die Lage der Arbeitnehmer ohne die Tätigkeit der freien Gewerkschaften? Not und Elend würden noch größer sein. Zurück zu der guten alten Zeit, in der der Unternehmer allein Herr war, Abbau der Löhne, Abschaffung der Betriebsräte, fort mit der Erwerbslosenversicherung, so lautet die Parole dieses Arbeitgeberverbandes. Wer nicht will, daß die Forderungen der Unternehmer Tatsache werden, der muß alles tun, um die freien Gewerkschaften zu stärken. Die Demokratisierung der Wirtschaft wird nur dann mit Aussicht auf Erfolg fortgeführt werden, wenn die beste Waffe der Arbeitnehmer, einflußreiche Gewerkschaften, stark an Zahl und an finanziellen Mitteln, den reaktionären Forderungen der Unternehmer gegenüberstehen.

Nochmals „Das Stießkind der Berufsschule“.

Herr C. Blume, Direktor der Staatslichen Allgemeinen Berufsschulen für die männliche Jugend in Hamburg, schreibt uns:

In Nr. 43 des 37. Jahrganges des "Proletariers" nimmt Herr P. Welcher die Stellung zu der Arbeit in den Hamburger Allgemeinen Berufsschulen für die männliche Jugend. Er wird es mir nicht verübeln, wenn ich als Leiter der kritisierten Schulen dazu einige Unmerkmale mache, die nicht nur zur Richtigstellung, sondern auch zur Aufhellung der Schwierigkeiten dienen sollen, unter denen in den Arbeitsschulen gearbeitet wird.

Was zunächst den Lehrplan betrifft, so weiß Herr Welcher, daß in Hamburg nicht das Rechnen, Lesen und Schreiben die wichtigsten Disziplinen des Unterrichts sind. Der Lehrplan, der vom Verwaltungskörper nicht nur genehmigt, sondern von dessen Arbeitnehmer-Mitgliedern getroffen als vorbildlich begrüßt wurde, steht nicht nur auf dem Papier, wird vielmehr, so weit es die geistigen Voraussetzungen der Schülerschaft zulassen, auch durchgeführt. Herr Welcher weiß als Mitglied des Verwaltungskörpers auch, daß seit Jahren immer mehr und mehr Klassen am Werkunterricht teilnehmen und daß in einem unserer Schulhäuser ein Umbau mit neun Werkstätten seiner Vollendung entgegensteht. Herr Welcher weiß auch, daß, wenn es die Schülerzahl nur irgend ermöglicht, Spezialklassen für Jugendliche gleichen Berufs gebildet werden, so für Deckenjungen und Ewerführerlehrerlinge, für Kutscher und Beifahrer, für Musiker, Grünwarenhändler. Klassen für Fabrikarbeiter, die Herr Welcher vermisst, sind ebenfalls vorhanden gewesen, müssen aber als solche aufgegeben werden, weil sie infolge der Fluktuation der Schüler in wenigen Wochen völlig ihren Charakter verloren halten, d. h. zu Mischklassen geworden waren. Das ist gerade der schlimmste Elendstand in den Arbeitsschulen in den Handelsstädten, daß die Jugendlichen durch den unglaublich oft erfolgenden Stellenwechsel und die daraus sich ergebende Umschulung gar nicht zu einem Klassenverband kommen (von den obengenannten Ausnahmen abgesehen). Deswegen entwickelt sich bei ihnen auch kein Zusammengehörigkeitsgefühl. Dadurch wird auch die Errichtung der Schülervertreitung bei uns illusorisch, die in allgemeinen Berufsschulen ebenso wie in Fachschulen vorgesehen ist. Was nützen denn die Klassenvorstellungen, wenn die Gewählten nach wenigen Wochen in anderen

amüsieren sich herzlich über ihre vierbeinigen Verwandten und lachen, weil sie so unbefangen sind: Järrlichkeit und Liebe, Eifersucht und Freigießend öffentlich zeigen (ohne den üblichen Doppelboden der menschlichen Gesellschaftsmoral). — Wie sind sie entzückend, wenn sie sich mit nahezu menschlichen Gedanken die kleinen gegenseitigen Freundschaften erweisen: sich kraulen und die Gassi-Tiere aus dem Fell fressen; wenn sie weise die freigiebigen Köpfe wiegen oder sich das Stückchen Brot aus den Pfoten zu reißen suchen. Komisch sind die kleinen Affen in ihrer schenlichen Ähnlichkeit mit Menschen, die von den Gemütern der Zivilisation bestreit sind.

Wie liegen unter den Zuschauern hin und her, Reminiszenzen an bekannte Persönlichkeiten tauchen auf. Das Vergangene ist großartig, erstaunt niemand, wenn die Tiere plötzlich den großen dunklen Blick (unter der breit abgedachten, rauhigen Stirze) mit deiner menschlicher Verzweiflung auf die in Freiheit Dressierten vor der Scheibe richten? Trauer schaut aus den Augen und die ewige Klage um den Verlust der eingeborenen Freiheit.

Wir lieben die Tiere. Alle, die da täglich vor dem Laden stehen, sind Tierfreunde, liebenswürdige Menschen. Aber es ist hier wie bei aller Freundschaft und Liebe man darf nicht unterscheiden, wieviel kindlicher Egoismus, wieviel naive Herzhaftheit unserer besten Freunden untersteckt sind. Wir lieben die Tiere, weil wir sie schätzen und mit sie legen. Alle Tiere sind in Gefangenschaft, damit wir sie pflegen und schützen können. Alle menschlichen Beziehungen sind so: Güte in Gefangenschaft gefangen. Selbstflucht in Güte.

Ob — Menschheit! Ewig Mischung aus Kind und Dasse.

Affenhauser hinter Glas.

Von Kurt Offenberger.

Ob — Menschen: einige Bildung aus Kind und Dasse; jenseitlich in Grauenheit, totzeit in Güte. Der Wissend überließend, der tiefer Einsichtigkeits und doch zugleich schüchtern, ja peinigen, sie liebt.

Jeder Tag findet sich der Tag an einer Dienststelle vorbei. Es ist ein etwas älterer der Laden mit drei einzigen Schreibern, die von unten bis oben mit lebendigem Leben aus allen Seiten eingefüllt sind. In einem der Ecken sitzen und hängen überallgestreut einige und viele kleine Käfiggegenstände, in denen die kleinen und großen, häufartigen und fingerdicken Bögel zum Dienst gestellt sind. — Ein Schreiz ist der Vogel-Freiflüster, bringt durch die Tastenketten an der Kette, so dass man die Tiere hören kann, als ob sie singen und flüstern. Ganz klein und liebwohl meinen sie es alle. Aber, ob das Gefier es amjo so ist? Ach! — unsere egoistische Liebe, unser Bedürfnis nach ihrer kleinen, unbeschreiblich lebendigen Gegenwart verleiht uns ja glücklich, daß sie sich glücklich fühlen in ihrer goldenen, satten Gefangenenschaft.

Klassen über, was die Schulverordnung, wenn trotz der wiederholten Bemühungen niemals auch nur die Hälfte der Geschöpften erscheint! Herr Welckert wird mir entgegenstellen, daß die jugendlichen Arbeiter in der Gummifabrikation zu den beständigen der ungelegten Arbeit gehörten; das ist richtig, aber trotzdem lassen sich keine Spezialklassen für jugendliche Gummiarbeiter bilden, weil die Zahl dieser Jungen viel zu gering ist. Ja, wenn irgendwem Werk sich daraus einlassen könnte, selte sämlichen Jugendlichen auf einmal zur Schule zu schicken. Doch das nicht möglich ist, brauche ich wohl nicht erst nachzuweisen. Sollen aber die Schüler, um den Fortlauf der Arbeit, an dem auch die erwachsenen Arbeiter interessiert sind, nicht zu stören, auf die sechs Arbeitsstage der Woche verteilt werden, so sieht das voraus, daß mindestens 150 Schüler vorhanden sind, um Klassen von etwa 25 Schülern bilden zu können. Es muß weiter vorausgesetzt werden, daß diese 150 Schüler sich anähnlich gleichmäßig auf die drei Altersklassen verteilen. Wie steht es denn in Wirklichkeit damit? Die Firma Heinrich Traun & Sohn beschäftigt 75 Schulpflichtige, die Abest- und Gummifabriken Alfred Calmon A.G. einen, die New-York-Hamburger Gummifabrik Compagnie keine. Es fehlen also die Voraussetzungen für die Klassenbildung.

Herr Welckert wünscht, daß die Lehrer sich vom Schulumstern freimachen möchten, vielmehr den Schülern das Recht der Mitbestimmung über Art und Form des Unterrichts gewähren. Ach, wenn wir doch einmal solche Wünsche zu hören bekämen! Im besten Fall kommt bei aktuellen Tagessfragen einmal der Wunsch, aber diese etwas zu hören. Ein Wunsch, der von den Lehrern mit Vergnügen erfüllt wird. Herr Welckert darf aus seiner Elternguppe, organisierten jugendlichen Fabrikarbeitern, keine Rückschlüsse auf die Allgemeinheit machen; er ist, wenn auch kein Berufspädagoge, doch Pädagoge durch Anlage genug, um zu wissen, daß man auch Klagen von Jugendlichen nicht so ohne weiteres als absolut berechtigt gutgläubig hinnehmen darf. Im übrigen hat Herr Welckert kraft seines Chrenamtes Gelegenheit, sich zu überzeugen, wie die Dinge wirklich liegen. Blume.

Verschiedene Industrien

Spielwarenindustrie und Heimarbeiterlohngebot

III.

In den Abhandlungen I und II dieses Themas haben wir uns mit dem Syndikus des Verbandes der thüringischen Spielwareninteressenten über allgemeine Gesichtspunkte des Heimarbeiterlohngebotes ausgetauscht. Eine in Nr. 80 vom 15. Nov. 1928 in der Zeitschrift "Der Spielwarenmarkt" erschienene Abhandlung zwingt uns, auch zu Einzelheiten dieses Gesetzes, insbesondere in Verbindung mit der Spielwaren- und Christbaumschmuckindustrie, Stellung zu nehmen. Herr Glöckner befiehlt sich im erwähnten Artikel ernst mit dem Heimarbeiterlohngebot. Er stellt Betrachtungen an über den persönlichen Geltungsbereich und seine Erweiterung, die Spruchbehörden und deren Aufgaben, und die Strafbestimmungen. In diesen Betrachtungen bringt der Verfasser schief Darstellungen, die im Interesse der Objektivität sowie der Spielwaren- und Christbaumschmuckindustrie nicht unwiderrührbar bleiben dürfen. Weil Herr Glöckner in seinen verschiedenen Artikeln immer und immer wieder falsche Gesichtspunkte in die Debatte wirft, so sollen diese nachfolgend untersucht und berichtiggt werden.

Der persönliche Geltungsbereich zum Zwecke der Entgelt- oder Tariffestsetzung wird durch § 1 HAG. bestimmt. (Das Heimarbeiterlohngebot ist durch die §§ 18—48 in das Haushaltsgesetz hineingebaut.) Der § 1 HAG. bezieht sich in das Geltungsbereich des Haushaltsgesetzes ein: Werkstätten, in denen jemand ausschließlich zu seiner Familie gehörende Personen gewerblich beschäftigt oder eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem den Werkstattbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein. Es kommen also hier nur ausgesprochene Alleinbetriebe, Familienbetriebe oder Arbeitsstuben in Frage.

Nachdem durch die Novelle vom 27. Juni 1923 (Heimarbeiterlohngebot) den Fachausschüssen die Befugnis zur Festsetzung von Mindestlohnkosten übertragen wurde, war eine Erweiterung des persönlichen Geltungsbereiches des Haushaltsgesetzes notwendig geworden. Das HAG. in der Fassung vom 20. Dez. 1911 sollte lediglich die Grundlagen zur Bekämpfung von Mißständen — und zwar zunächst von Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Hausarbeiter — in denjenigen Werkstätten der Haushaltsgesellschaft und Heimarbeit schaffen, welche der Anwendung der den Arbeitschutz betreffenden Paragraphen 120a ff. GO. entspricht sind, weil in ihnen gewerbliche Hilfskräfte auf Grund eines Arbeitsvertrages nicht beschäftigt werden.

Nachdem Kollege Senckell auf die Gründe hingewiesen, die zu der Konferenz Veranlassung gaben, behandelte Kollege Glöckner die Aufgaben der Arbeiterausschäftsmitglieder in den Ausschäftsräten der A.G. Die Anweisungen der Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder beweisen, daß man überall bestrebt sei, die Rechte der Arbeitnehmervertreter im Ausschäftsrat zu beschränken. Ganz in allen Fällen hat man solche Angelegenheiten, von denen man annimmt, daß sie ein Arbeitnehmer nicht zu wissen braucht, auf Grund gesetzlicher Bestimmungen dem Vorstand oder besonders dazu gebildeten Kommissionen zur Erfüllung übertragen. Dennoch würde schon alles vorher von den Herren durchdacht und, da sie dann in der eigentlichen Ausschäftsversammlung niemand zur Sache führt, seien diese Sitzungen dann auch schon nach wenigen Minuten beendet. Redner weißt darauf hin, daß bei einer G. m. b. H. Ausschäftsräte nicht erforderlich sind. Sie können hier wohl eingerichtet werden, doch siehe auch ihrer Abschaffung nichts im Wege. Wo Unklarheiten darüber bestehen, ob ein Ausschäftsrat bei einer G. m. b. H. besteht oder nicht und die Firma unklare Bescheide ertheile, empfehle es sich, klagbar vorzugehen. Die Tätigkeit der Ausschäftsräte ergibt sich aus dem Handelsgesetzbuch, darüber hinausgehende Bestimmungen könnten allerdings in den Paragraphen niedergelegt werden. Wo man bestrebt ist, die Rechte der Arbeitnehmervertreter im Ausschäftsrat zu beschränken, müsse man versuchen, dem entgegenzutreten, wo zu dem Handelsgesetzbuch in gewissen Fällen eine gute Handhabe gäbe. Zu beachten sei, daß alle Ausschäftsmitglieder in gleicher Weise haftbar seien; größte Ausmerksamkeit wäre daher bei der Ausübung eines solchen Rechtes geboten. Man soll sich im Ausschäftsrat nicht mit Dingen beschäftigen, die Sache des Arbeitser- oder Betriebsrats sind und soll mit Hilfe der behördlichen Einrichtungen besser und schneller erledigt werden können. Wenn auch das Gesetz Mängel enthalte, so gäbe es das BWD, doch auch Rechte, die voll ausgenutzt werden müssten. Dieses sei aber wiederum nur dort möglich, wo eine gute Organisation besteht.

Kollege Senckell führt unter anderem aus: Die Bildung der Konzerne in der Zuckerverarbeitung sei erst in den letzten Jahren vor sich gegangen. Daß auch die Zuckerverarbeitung unter den Folgen des Weltkrieges zu leiden hat, beweise die Verdrängung von dem Weltmarkt. Wahrend Deutschland in der Vorkriegszeit mit einem Bruttel an der Rübenzuckererzeugung beteiligt war, ist unser Anteil heute wesentlich geringer. Ein Rückgang in der Produktion sei auch in der Raffinerie festzustellen gegenüber den Weißzuckerfabriken. Wirtschaftliche Notwendigkeiten hätten ja den Konzernbildungen gestützt haben. Die Praxis zeigt, wie die Vereinigung den Rohzucker aussaue. Nun an die Raffinerien zur Weiterverarbeitung gegen eine bestimmte Lohnzahlung verteile, um dann wieder den Vertrieb des Zuckers zu übernehmen. Durch die Konzernbildung nehmen die Raffinerien nur noch eine Zwischenstellung ein, da sie nur noch die Verarbeitung für den Konzern übernehmen. In gleicher Weise übt der Konzern aber auch seinen Einfluß auf die Rohzuckerbetriebe aus. Weniger gut eingerichtete Betriebe werden stillgelegt, andere werden ausgekauft usw. Wenn sich die Konzerne auch nicht direkt mit der Lohnfrage beschäftigen, so üben sie aber indirekt einen bestimmenden Einfluß aus, als sie den Lohn für die Verarbeitung des Rohzuckers bestimmen. In einem möglichst niedrigen und in den einzelnen Bezirken verschiedenartigen Lohn haben sie das größte Interesse. Dass von einer finanziellen Verschlechterung keine Rede in der Zuckerverarbeitung sei, kann unmöglich sein. Bemerkenswerterweise der süddeutsche Gesellschaft. Den immer stärker werdenden Konzernen müssen wir uns so stärkere Organisationen entgegenstellen.

In der Aussprache schlägt Kollege Lenner (Dessau) die Zustände im Werk Alten, seitdem dort Herr Dr. Otto das Regiment führt, der früher in Halle die Werksgemeinschaft eingeführt habe. Er verfügt dies auch in Alten. Von weitem werden Mitglieder des Stahlheims und der Werksgemeinschaft zur Arbeitsaufnahme in der Raffinerie Alten veranlaßt, während man die langjährig im Werk beschäftigten und eingeschworenen Arbeiter nicht wieder einstellt oder sie entlässt. So groß wie keine Feindschaft gegen die freien Gewerkschafter scheint auch seine Abneigung gegen eine Mitarbeit des Betriebsrats im Ausschäftsrat zu sein. Schonbar bestehen fürt das Werk Alten zwei Geschäftsverträge, einer, in dem von einem Ausschäftsrat keine Rede ist und ein anderer, in dem Bestimmungen über die Bildung eines solchen enthalten sind.

Es sprachen noch die Kollegen Lohse, Schaefer und Zwietnauer, woran die Konferenz nach kurzen Schlußbemerkungen der Referenten ihr Ende fand.

Er ist hinsichtlich seiner Preispolitik frei. Im Falle der Krankheit oder Invalidität ist er kaum versorgt; der Erwerbslosenversicherung untersteht er nicht. Es gibt genug Leute, die auf eine behördliche Zwangsregelung hinarbeiten. Das sind solche, die das Wesen des modernen Staates dahin deuten, daß es seine Hauptaufgabe ist, dem Einzelindividuum die Sorge abzunehmen. Derartige Bestrebungen laufen dem wirklichen Volksstaatbegriff lebensgefährlich entgegen.

Da haben wir die Sicherung! Weil gefordert ist, mit staatlichen Mitteln einer schrankenlosen Ausbeutung Einheit zu gebieten und einer Industrie, in welcher in der Preispolitik Anarchie herrscht, Zügel anzulegen, laufen diese Bestrebungen dem wirklichen Volksstaatbegriff lebensgefährlich entgegen — und das wird von einem demokratischen Staatsrat zum Ausdruck gebracht.

Dass Herr Glöckner zu einer solchen Schlussfolgerung kommen mußte, nimmt nicht wunder. Das ist immer so, wenn bei Untersuchung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse der Wirklichkeit Zwang angefan wird. Man braucht ja nur auf die in obenvorliegendem Zitat schlagwortartig hingeworfenen Schie, wie: „eigener Muster“, „eigenen Verstand“ und „von Hausgewerbetreibenden hereingeholten Aufträge“ hinzuweisen, um sofort zu erkennen, daß hier der Ton die Musik zu einem gewissen Zweck machen soll. Der Christbaumschmuck- oder auch der Spielwarenmacher soll eben Handwerker oder Fabrikant, je sogar Exporteur sein. Der Christbaumschmuckmacher oder — der ihm gleichgestellte Spielwarenmacher erinnert weder Muster noch hört er Aufträge herein, und er treibt auch keinen eigenen Verstand. Das ist einwandfrei festgestellt! — Eine folgende Abhandlung wird darüber Klarheit schaffen, insbesondere auch über das angeführte Beispiel vom Schneidermeister und Hausarbeiter.

H. Eislein.

Frauenfragen.

Die Frau in der Erwerbsarbeit

Seit dem Bestehen der kapitalistischen Produktionsweise steigt die Zahl der erwerbstätigen Frauen immerfort, und nicht nur die der unverheirateten Frauen, sondern auch der verheirateten. Während 1907 auf je 100 der weiblichen Bevölkerung 30,5 Prozent Erwerbstätige kamen, stieg die Zahl bis 1925 auf 38,9 Prozent. Die Zahl der verheirateten Erwerbstätigen ist seit 1907 um das Doppelte gestiegen.

Dieser starke Zuwachs ist, allgemein betrachtet, nie im Wesen unserer Zeit begründet. Es lassen sich aber dennoch Sondergründe anführen. In allen Berufszweigen, nur wenige Ausnahmen gäbe es, ist Frauenarbeit zugelassen, anerkannt und infolgedessen auch verlangt. Einmal, weil die Frau ihre Arbeitskraft zu billig verkauft und damit dem Unternehmer eine höhere Profitrate ermöglicht, und weil die besondere Fingerfertigkeit, welche auf das starke Empfinden und Gefühlsleben der Frau zurückzuführen ist, bei gewissen Arbeiten die Arbeitsleistung aufs höchste steigert. Dazu kommt, daß die Frau, infolge der Verurteilung zur Cholosigkeit, gewöhnlich ist, zur Erwerbsarbeit zu greifen, um sich einen Lebensunterhalt zu sichern. Seit 1910 ist die Zahl der zur Verheiratung kommenden Frauen immer geringer geworden. Von 1000 ehelichen Frauen kommen nur 580 zum Heiraten. Diese Zahlen beleuchten das soziale Problem der Frauenbewegung.

Ein weiterer Grund und wohl auch der unerfreulichste, der die verheiratete Frau zur Erwerbsarbeit zwingt, liegt in der, einem sogenannten Wandel und Wechsel unterworfenen sozialen Lage der Familie. Zu wenig Lohn des Mannes, des Ernährers der Familie und manchmal längere Arbeitslosigkeit, das sind die Zwangsgründe, die zur Erwerbsarbeit der Frau führen. Ist es schon für die unverheiratete Frau schwer, ein oft inhaltsloses Tagewerk an der Maschine, im dumpfen Fabriksaal, im Gelände der Treibriemen und Transmissionen jeden Tag neu erleben zu müssen, um wieviel schwerer muss es der Hausfrau und Mutter fallen, der durch die Erwerbsarbeit drei Rollen zugewiesen sind. Zu gleicher Zeit muss sie sein Arbeitserin, Gattin und Mutter. Und doch wie stellt diese einfache Frau all jene Tausende von Frauen in den Schatten, die nie ihre Lust zu nehmen mußten zur Fabrikarbeit, die ihrer ureigensten Bestimmung als Frau und Mutter leben dürfen, die nie die Härte und Kälte des Lebens kennengelernt haben müssen.

Mehr als je beschäftigt uns in der heutigen Zeit die Frage, wie wir die dreifache Belastung der Frau als Fabrikarbeiterin, Gattin und Mutter einer erträglichen, angenehmen Lösung entgegenführen können. Jeder dieser drei Berufe ein Beruf für sich von weittragender Bedeutung, der die ganze Kraft der Frau und die ganze Kraft ihres Willens verlangt. Bedenkt man, wie sehr die kulturellen Bedürfnisse des Volkes sich gewandelt haben, welches Interesse bei der Gesamtheit vorhanden ist am körperlichen und geistigen Aufbau der einzelnen Glieder, wie die fortgeschrittenen Wissenschaft auf dem Gebiete der Hygiene, Ernährung und Erziehung neue Fragen und Pflichten an die Hausfrau und Mutter stellt — die in diesem Sinne in der Familie wirken soll —, dann versteht man, welche seelische und physische Last die im Erwerbsleben stehende verheiratete Frau trägt. Wohl sieht die Kollegin ein, daß es ihre Pflicht ist, für die richtige Ernährung und Pflege ihrer Familie sorgen zu müssen, doch die Ausführung muß sie fehlen lassen, einmal, weil ihr die Zeit fehlt, dann auch, weil sie das nötige Geld nicht hat. Tiefe und bitter empfindet sie manchmal die verheerenden Wirkungen, die Krankheiten in der Familie und im Haushalt anrichten. Sie kennt die Ursache, die oft in der Ernährung liegt und kann sich doch nicht dagegen wehren, weil Fabrikarbeit und ihre Ernährung Diktatur ihrer Zeit und Karriere sind. Ihre ganze Fürsorge und Umicht soll sie auf die Erziehung ihrer Kinder verpenden, die den heutigen Verhältnissen gewachsen sein sollen, wenn sie das Elternhaus verlassen.

Aber zu gut weiß sie, daß sie eigentlich Tag für Tag und Stunde um Stunde zu ihren Kindern gehört, um sie an jeden Gedanken aus der Kinderseele zu erlösen,

Mutter zu sein, wenn es gilt, dem nach Wahrheit und Erkenntnis ringenden Kinde beizustehen, Kamerad beim Spiel, Freundin bei ergiebiger Arbeit im welkespendenden Sinne.

Viel Mühe kostet es die Mutter, wie man sie sinnen und grubeln, um mit ihrem Kinde geistig Schritt halten zu können. Sie, die ihm das Leben gegeben, die im Wohlgehen des Kindes ihr eigenes Glück findet, sieht ihr Kind emporwachsen, rufen — und darf sich dessen doch nicht freuen. Wenn mit seiner Rute entwächst es ihr, weil sie sich nicht Zeit lassen durft, glücklich zu sein. Sie fühlt, wie es in den jungen Köpfen spricht von ungelösten Problemen, auf die auch sie keine Antwort findet. Und trotz dieser seelischen Konflikte, die oft sehr schwer auf dem Leben der Kollegin lasten, stellt sie sich, ihrer dreifachen Pflichten und Werte bewusst, in den Dienst des Unternehmers und gibt ganze, reiche Kräfte hin bei der Arbeit in der Fabrik. Um so bitterer empfindet sie es, wenn ihr dennoch nicht die nötige Beachtung geschenkt, daß ihre Arbeit im Vergleich zum Kollegen nicht vollwertig bezahlt wird, wohl aber gleichwertig verlangt wird, daß die Entlohnung weit, oft heimlich bis zur Hälfte hinter der des Mannes zurückbleibt.

Betrachtet man diese äußeren und inneren Konflikte im Leben der Kollegin und fragt sich nach einer Änderung dieser Tatsachen, dann kann man nicht anders, als die Organisationsfrage anzutreten, denn nur auf dem Wege zur Organisation und durch dieselbe wird es möglich sein, diesen Konflikt zu lösen. Nur auf dem Wege des Zusammenschlusses sind wir stark genug, Forderungen zu stellen und auf Erfüllung zu drängen. So vieles ist schon geleistet worden durch die Organisation im Hinblick auf Arbeitserinnerung, auf Arbeitszeit, Entlohnung, Schwangerenfürsorge, das uns den berechtigten Stolz und die Zuversicht gibt, daß auch weiterhin alles gefan wird, Stufe für Stufe erklimmen zu können, die uns und die Nachwelt einem besseren Ermentum zuführt. Doch es bleibt unsere eigene Sache, dies zu erreichen, Kolleginnen. Kein Führer kann uns hier helfen, sind wir nicht geschlossen hinter ihm. Am allerwenigsten werden jene helfen, die uns heute noch bedrücken. Wir müssen selbst handeln und erwarten; wir müssen selbst denken; denn nur eigenes Handeln macht uns frei. Daraus sorgt alle, alle mit, damit die Leute unserer Arbeitsgenossen bald in unseren Reihen ist, um durch die Geschlossenheit weiterzubauen zu können. Gestützt auf diese Einheit wollen wir dann Zukunftstroh weitertragen und kämpfen, damit die Arbeitszeit in der Fabrik den Kräften und der dreifachen Aufgabe der Kollegin sich allmählich anpasse; doch ihr für so vieles Entschärfen (von dem die Frau, die in gesicherter Lebenshaltung Tag für Tag schalten und walzen darf, nichts weiß), in berechtigter höherer Entlohnung die Möglichkeit gegeben wird, Erfolg zu schaffen für das, was sie und die Ihrigen entbehren müssen. Immer mehr müssen wir uns die Probleme des Arbeiterinnen-, Schwangeren-, Mutter- und Sängerschutzes zu eignen machen und beim Ausbau der gesetzlichen Bestimmungen durch Resolutionen in Versammlungen mitwirken. Immer mehr müssen diese aktuellen Frauenfragen von uns behandelt werden in Versammlungen, damit eigene Arbeit unsere Interessen befriedigen kann.

Wir können viel, wenn wir viel wollen!

Berta Alch.

Lohn- und Tarifbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Röhr. Abschluß von Zusatzabkommen der I.-G. Farbenindustrie, Kunsteidenfabrik. In Nr. 47 des "Proletariers" haben wir bereits ein Zusatzabkommen für die Weiterbildung besprochen. Inzwischen sind uns Zeichnungen aus anderen Kunsteidenfabriken zugegangen, wenn solche Abkommen auch für die übrigen Weiterbildungen bestehen, sie im "Proletarier" bekanntgegeben. Wir kommen diesem Wunsche gern nach.

Akkomode für die Fischkolonne der Hespelei. Die Mindestleistung beträgt in 9 Stunden 50—60, normal 55 Hefel in der 7½-Stunden-Schicht 42—50, normal 46 Hefel. Für die Mindestleistung wird der tarifliche Stundenlohn gezahlt. Die Mehrleistungen werden nach der Karte berechnet und betragen:

Bei einer Mehrleistung von 1 Hefel	0,1 Stunde
Bei einer Mehrleistung von 5 Hefeln	1 Stunde
Bei einer Mehrleistung von 10 Hefeln	1,2 Stunden
Bei einer Mehrleistung von 15 Hefeln	2,4 Stunden
Bei einer Mehrleistung von 20 Hefeln	3 Stunden
Bei einer Mehrleistung von 25 Hefeln	3,6 Stunden
Bei einer Mehrleistung von 30 Hefeln	4,1 Stunden
Bei einer Mehrleistung von 35 Hefeln	4,5 Stunden

Ein Beispiel: Eine Arbeiterin führt in der 9-Stunden-Schicht 65 Hefel. Die Mindestleistung ist in diesem Falle 53, wodurch die Mehrleistung 12 Hefel, was nach der Prämienkurve einen Prämienentzug von 2,4 Stunden = 25 Prozent entspricht. Die Mindestleistung beträgt 1—15 Hefel, die Durchschnittsleistung 20—25 Hefel, die Höchstleistung 30—35 Hefel pro Tag.

Akkomode für die Abteilung Zinkerei. Abzug 40 Meter, 80 Spindeln.

Für die D.T. aberechnung ist die 7½- und 8½-stündige Arbeitszeit zugrunde gelegt.

Die Mindestleistung beträgt 15,7 Kilogramm. Bei 120er Titer und 20 Drehungen, 40 Meter Abzug, in der 7½-Stunden-Schicht 60 Spindeln.

Für die Mindestleistung von 15,7 Kilogramm wird der tarifliche Stundenlohn gezahlt. Die Mehrleistung wird nach der Prämienkurve berechnet und beträgt:

Bei einer Mehrleistung von 1 Kilogramm	0,9 Stunden
Bei einer Mehrleistung von 2 Kilogramm	1,8 Stunden
Bei einer Mehrleistung von 3 Kilogramm	2,7 Stunden

Ein Beispiel: Eine Arbeiterin leistet bei einer täglichen Arbeitszeit von 7½ Stunden 120er Titer, 20 Drehungen, 40 Meter Abzug bei 80 Spindeln, 19 Kilogramm Stoffe. Die Mindestleistung beträgt in diesem Falle 15,7 Kilogramm, wodurch eine Mehrleistung von 2,0 Kilogramm kommt nach der Prämienkurve ein Überentzug von 1,6 Stunden = 21 Prozent.

Die Mindestleistung beträgt 1 Kilogramm, die Durchschnittsleistung 2½ Kilogramm, die Höchstleistung 4 Kilogramm pro Tag.

Akkomode für die Abteilung Winderlei. Abzug 80 Meter, 24 Spindeln.

Das Akkordlohn ist auf eine tägliche Arbeitszeit von 7½ und

Die Mindestleistung beträgt 12,10 Kilogramm bei neunstündiger Arbeitszeit, bei 87 Meter Abzug und 24 Spindeln, bei 150er Titer. Für die Mindestleistung von 12,10 Kilogramm pro Tag wird der tarifliche Stundenlohn gewahrt. Jede Mehrleistung wird nach der Prämienkurve wie folgt vergütet:

bei einer Mehrleistung von 1 Kilogramm pro Tag	0,2 Stunden
bei einer Mehrleistung von 2 Kilogramm pro Tag	1,7 Stunden
bei einer Mehrleistung von 3 Kilogramm pro Tag	2,8 Stunden
bei einer Mehrleistung von 4 Kilogramm pro Tag	2,9 Stunden
bei einer Mehrleistung von 5 Kilogramm pro Tag	3,4 Stunden
bei einer Mehrleistung von 6 Kilogramm pro Tag	3,8 Stunden

Ein Beispiel: Eine Winderin leistet in der neunstündigen Arbeitszeit bei 87 Meter Abzug und 24 Spindeln, bei 150er Titer, 15,3 Kilogramm Stoffe. In diesem Falle beträgt die Mindestproduktion 12,10 Kilogramm, die Mehrleistung 3,20 Kilogramm, was nach der Prämienkurve einem Mehrverdienst von 2,5 Stunden, das sind 27,8 Prozent, entspricht.

Die Mindestleistung beträgt 1—2 Kilogramm, die Durchschnittsleistung 3—4 Kilogramm, die Höchstleistung 4—5 Kilogramm Stoffe pro Tag.

Die erzielten Mehrverdiente betragen durchschnittlich 2,20 bis 2,40 Mark. P. Hartwig.

Berichte aus den Zahlstellen.

Ludwigshafen a. Rh. Am Sonntag, 4. November, fand die Quartals-Mitgliederversammlung statt. Dem Kassenbericht des Kollegen Götz war zu entnehmen, daß sich die Kassenverhältnisse auch im 3. Quartal gebessert haben. Kollege Dörflinger stellte Vergleiche an in Bezug auf Beitragssleistung und Beitragshöhe gegenüber anderen Zahlstellen im Ganzen und vornehmlich des selben. Es forderte alle Funktionäre, besonders "z. Unterklassierer", auf, die Zahlstellenleitung aktiv zu unterstützen, damit die Zahlstelle wieder den Platz im Gesamtverband einnimmt, der ihr auf Grund der Bedeutungsvollen Industrie am Orte zusteht. Nach der Abstimmung über die Gewährung der Invalidenunterstützung des Verbandes kauft nach dem Beschuß des Verbandsstages der 2. Satz im Absatz 3 wie folgt:

Sie wird ferner nicht gewährt, wenn der Invalide durch eigene Arbeit oder von den reichsgelehrten Versicherungen oder von sonstigen Stellen ein Einkommen besitzt, das mehr als 60 Prozent des ortsüblichen Tariflohnens beträgt.

Durch Beschuß des Vorstandes ist die Beleidigung aufgehoben. Es erhalten demzufolge alle Mitglieder, gleich welche Pension oder Renten sie von irgendwelcher Stelle beziehen, die im Staat vorgesehene Invalidenunterstützung. Ein weiterer wichtiger Beschuß für die Mitglieder ist der, wonach Mitglieder, die vom 1. Januar an die erhöhte, vom Verbandsstag beschlossene Beiträge zahlen, ohne eine Wertheit durchzumachen die erhöhte Unterstützung erhalten. Dasselbe gilt auch für die im Unterstützungsbezirk liegenden Mitglieder. Dazu berichtet Koll. Dörflinger über die geplanten Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Bezirkserträges für die Chemie. Es wurde noch beschlossen, daß zu Weihnachten die Erwerbslosen und invaliden Mitglieder unterstützt werden sollen wie in den Voraus.

Waldenburg. Jubiläumsfeier. Am 24. November fand im "Försterhaus" ein Festabend der Bezirkzahlstelle Waldenburg statt, zur Ehrengabe der Verbandsjubilare. Nach einigen Ansprachen durch die Bergkapelle begrüßte Kollege Röhr den Eröffnungsredner, in erster Linie die Jubilare und auswärtigen Vertreter. Es konnte eine statische Liste von 42 Kollegen verlesen, die ihrer Gewerkschaft 25 bis 44 Jahre die Löhne geholt haben. 30 von diesen Jubilaren waren Mitglieder des früheren Porzellanarbeiter-Vorstandes. Nach einem Prolog und dem Vortrag des Liedes "König den Tag" durch den Volksschreiber Altmann folgte Verbandsvorsitzender Kollege Röhr (Hannover) in seiner Festrede unter anderem ans: Die Kraft der Gewerkschaften wurde geschaffen durch den Opfergeist der Pioniere, die als erste die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkannt haben. Unsere Jubilare haben an der Entwicklung ihren Anteil genommen. Sie waren im Waldenburger Gebiet das Rückgrat der Gewerkschaft. Der frühere Porzellanarbeiter-Vorstand hat seine leidenden Köpfe oft aus Waldenburg geholt. Viel ist durch die Tätigkeit der Gewerkschaften, an der die Jubilare verdienten Anteil haben, schon erreicht worden; aber noch manches Hindernis noch bestehen wird, ehe unsere Ziele verwirklicht sind. Mit einem Appell an die Jugend, es den alten Kampfern gleichzutun, und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Jubilare und den Verband schloß Kollege Röhr seine Ansprache. Auch der Gauleiter Kollege Thiem (Breslau) übertrug den Jubilaren Glückwünsche. Kollege Küller stellte den Dank für die Jubilare ab und riefte an alk und jng einen Appell zu weiterer gelehrter Mitarbeit. Kollege Röhr gab noch eingekennende Begeisterungsschreien des früheren Verbandsvorsitzenden Wölkemann sowie der Kollegen Apel und Griesbach bekannt und mahnte die Erhöhten, freu zusammenzufinden und noch den letzten Kollegen dem Verbande zuzuführen. Nachtwoll erlangt als Abteilung der Feier die Internationale.

Rundschau.

Die kommunistischen Pfeffersstreuer vor Gericht.

Wenn sie nicht gerade Dreck schwärmen, streuen sie zur Abwechslung Pfeffer, die KPÖ-Männer, die Totengräber der politischen Moral.

Vor dem Hamburger Schöffengericht hofften sich am 27. November 1928 die beiden jungen Kommunisten Maß und Reiße zu verantworten, die beschuldigt wurden, beim Gewerkschaftskongress am 4. September auf einen Zug freieschaftlicher Jugend mit Pfeffer geworfen zu haben. Die Verhandlung gab den Beweis, daß einer der Angeklagten eine Tüte mit Pfeffer in seinem Besitz gehabt und mit Pfeffer auf die freigeschäftlichen Jugendlichen geworfen hat. Der Staatsanwalt beantragt gegen den Pfefferswerfer 9 Wochen Gefängnis, gegen den anderen wegen Belästigung 6 Wochen Gefängnis. Der kommunistische Verteidiger erklärte, Pfeffer sei nicht als ein gefährliches Werkzeug anzusehen, es verursache nur Tränen, das Gericht möge keinen Mandanten deshalb freisprechen. Das Urteil kommt gegen Maß wegen gefährlicher Körperverletzung auf 4 Monate und gegen Reiße wegen Gefangeneneinsatzung auf 3 Monate Gefängnis. Das Gericht brachte in Bezug auf den kommunistischen Verteidiger zum Ausdruck, daß sein gemalter Pfeffer ein gefährliches Werkzeug sei, und das Gericht habe auch eine hohe Strafe verhängt, weil es sich um eine sehr gewaltige Tat gehandelt habe.

Veränderungen im Vorstand der Volksfürsorge.

Das bisher ehrenamtliche Vorstandsmitglied, Herr Otto Steine, Vorsitzender des Verbandes der Maler, Lackierer, Arstreicher, Lüchter und Weißbinder Deutschlands, ist zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied bestellt worden und tritt sein Amt am 1. Dezember 1928 an. Für den im Juli dieses Jahres verstorbenen Herrn Heinrich Kaufmann ist als Genossenschaftsvertreter Herr Hugo Bästlein, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, und für Herrn Steine als Gemeinschaftsvertreter Herr Wilhelm Wolgast, Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen Deutschlands, in den ehren-

Verbandsnachrichten.

Abrechnung der Hauptkasse

2. Quartal 1928.

Einnahme	M
An Kassenbestand 1. Quartal 1928	2 245 816 68
Beiträgen	4 324 505 70
Extrabeträgen in den Zahlstellen	26 215,80
in der Hauptkasse	15,60
.	25 231 40
Bon von den Zahlstellen mehr eingefordert	3 544 90
Bücher und Broschüren	2 986 79
Kartothesarten	670 80
"Proletarier"	354 12
Bureaubedarf	1 571 35
Gewerkschaftszeitung	8 —
Einzelmitgliedern	683 —
Erschließern und Karten	424 56
Juridizgezählt Beträgen	7 201 78
Aus dem Verbindungsbestand	19 461 85
Zinsen	102 01 69
Ohne Abrechnung	2 000 —
Alben	66 —
Sonstige Einnahmen in den Zahlstellen	3 419,47
in der Hauptkasse	267,93
.	3 687 40
Beiträgen an die Unfallkasse	8 652 29
Zuschüsse von den Zahlstellen juridig gerechnet	439 849 56
Zurückbehaltene Beträge von den Zahlstellen zurückgezahlt	11 685 47
Summe	7 200 408 68

Ausgabe	M
Per Erwerbslosen-Unterstützung:	
a) an Reisende in den Zahlstellen	2 795,05
aus der Hauptkasse	5,—
.	2 800 05
b) an Arbeitslose	351 708 02
o) an Kraute	645 291 95
Rechtschutz in den Zahlstellen	4 639,18
aus der Hauptkasse	2 358,—
.	6 997 18
Maßregelung	4 735 07
Umzugsgeld in den Zahlstellen	11 091,55
aus der Hauptkasse</	

Beilage zum Proletarier

Nummer 49

Hannover, 8. Dezember 1928

37. Jahrgang

Aus der Industrie

Kunstseideindustrie

Steigender Ausfluss der deutschen Farben- und Lackindustrie auf dem Weltmarkt.

Über eine bedeutende Steigerung in der Ausfuhr deutscher Farben und Lacke nach dem Ausland, insbesondere nach den Ländern der Übersee, berichtet die Exportnummer der "Farben-Zeitung".

Der Industrie ist es gelungen, die infolge des Weltkrieges verlorenen Absatzmärkte zum größten Teil wieder zurückzuerobern. Die "Farben-Zeitung" führt dies auf das Qualitätsstreben der obengenannten Industrie zurück, die in der Nachkriegszeit keine wissenschaftlichen Arbeiten gescheut hat, um Farben und Lacke in höchster Vollkommenheit herzustellen. Den Wünschen der Verbraucher ist man weitgehend nachgekommen, so daß sich ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Erzeuger und Verbraucher herausgebildet hat. Die Stellung der deutschen Farben- und Lackindustrie ist nun mehr gesichert, die Konkurrenz des Auslandes wird von der Industrie nicht mehr gefürchtet. Der Welthandel in deutschen Farben und Lacken wird, wenn die Entwicklung weiter so fortschreitet, Deutschland mit an die erste Stelle führen.

Das Auslandsgeschäft in deutschen Farben und Lacken hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Der beste Vergleich läßt sich aus dem Außenhandel 1928 mit der Ausfuhr im Jahre 1927 erzielen. Die Exportgrundlage hat entsprechend der allgemeinen Entwicklung der deutschen Ausfuhr eine wesentliche Ausdehnung erfahren. Bezugsgemäßiger Betrachtung der Ausfuhr ist festzustellen, daß im letzten Jahr die Buntfarbenausfuhr nahezu 5 Prozent und die Lackausfuhr mehr als 27 Prozent zugenommen hat.

Es wurden im Ganzen ausgeführt:

Warengruppe	dz.	Wert in 1000 RM.	dz.	Wert in 1000 RM.
Farben	1 077 688	70 867	1 028 287	65 857
Lacke	73 374	14 407	57 552	9 923
Summa:	1 151 062	84 774	1 085 839	75 780

Die Zunahme der Ausfuhr ist besonders stark beim Export von Bleimennige zum Ausdruck gekommen, Zunahme 43,7 Prozent. Eisenoxyd (auch Ocker) 32,6 Prozent, Lithopon 26 Prozent, Kupfersalze sowie andere Pigmentfarben 18,6 Prozent. Die Erdfarben haben eine Ausfuhrsteigerung von durchschnittlich 10 Prozent erfahren. Außerdem sind wesentliche Ausfuhrsteigerungen in Farblacken, Zinkweiß, Druckfarben und Ölfarben erfolgt.

Hauptabsatzgebiete für Anstrichmittel waren Belgien, die Niederlande, Großbritannien, Schweden und andere nördliche Staaten, Russland, Rumänien sowie die Tschechoslowakei und andere. Von Überseeländern kamen wesentlich in Betracht: Britisch- und Niederländisch-Indien, China und Japan. Von den amerikanischen Ländern waren die Vereinigten Staaten, Argentinien sowie Brasilien lebhaft beteiligt.

Die zunehmende Zahl der Ausfuhrländer gibt ein Bild über die enge Verflechtung der deutschen Farben- und Lackindustrie mit fast allen Märkten der Welt. Auch auf dem Gebiete der Farben- und Lackindustrie zeigt sich die verhältnismäßig schnelle Wiedereroberung des Weltmarktes und das Vordringen auf neuen Gebieten. Betont wird, daß dieser Aufstieg nur möglich gewesen sei durch die intensive und selbstlose Arbeit der deutschen Chemiker, die den Produkten zur vollen Deutlichkeit und damit zur Weltmarktfähigkeit verholfen haben. Dass neben dieser wissenschaftlichen Forscherarbeit, die gewiß sehr hoch angesehen werden muß, auch die Qualitätsarbeit der deutschen Arbeiterschaft eine große Rolle spielt, bleibt bei der Betrachtung der "Farben-Zeitung" unberücksichtigt.

R. S.

Kalipreise.

In letzter Zeit wurden in der Presse wiederholt Erörterungen über eine Preiserhöhung für Kalisalze gepflogen. Auch im Preußischen Landtag hat eine Diskussion über die Preise für künstliche Düngemittel stattgefunden. Dabei wurde hervorgehoben, daß im Interesse der künstlichen Düngung hauptsächlich eine Senkung der Preise für Kalisalze notwendig sei. Nach der "Deutschen Bergwerks-Zeitung" hat jetzt auch der Reichsbund des deutschen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsmitteln dazu Stellung genommen und ist zu der Überzeugung gekommen, daß die geltenden Preise für Kalisalze den Zeitverhältnissen entsprechend, angemessen sind. Von dem betreffenden Reichsbund wird festgestellt, daß die Preise aller Kaliblündungssalze auf etwa 115 Prozent gegenüber den Vorkriegspreisen liegen. Nach dem Reichsindex für Agrarprodukte, der in der zweiten Oktoberhälfte 136 Prozent betrug, sei dies für die Landwirtschaft ein durchaus erträgliches Verhältnis. Der Reichsbund weiß ferner darauf hin, daß es der Kalindustrie trotz den Verlusten in der Inflationszeit und des Weltmonopols nach dem Kriege und trotz eines durchschnittlichen Reichsindexes von 140 Prozent aller Produktionsmittel und einem Lohnindex, der nicht unerheblich über dem Index von 140 Prozent liegt, gelungen ist, die Kalipreise in einer Höhe zu halten, die nur sehr wenig über den Vorkriegspreisen liegen. Nach einem Hinweis auf die Absatzsteigerungen in den beiden letzten Jahren wird gesagt, daß die Industrie zwei nicht unwesentliche Lohn erhöhungen hat auf sich nehmen müssen.

Der eingangs erwähnte Reichsbrhd ist die Spitzenorganisation des Düngemittelhandels. Wenn dieser die Preise für

angemessen erachtet, so muß er ja wissen, was er den landwirtschaftlichen Verbrauchern bieten kann. Die Verbraucher wissen aber vielfach nicht, daß der Großhandel 17 Prozent Rabatt bekommt. Wenn die Preise für Kalisalze herabgesetzt werden, vermindern sich damit die Einnahmen des Großhandels; deswegen hat der Handel ein Interesse an der Beibehaltung der heiligen Dreifte.

Was nun den Hinweis auf die nicht unerheblichen Lohn erhöhungen in der Kalindustrie betrifft, so sind wir der Auffassung, daß diese den Reichsbund gar nichts angehen, weil die Herrschaften von den Auswirkungen dieser Lohn erhöhungen absolut nichts verstehen. Auf die Auswirkung von Lohn erhöhungen kommt es aber doch schließlich an. Zur Kenntnis des Reichsbundes wollen wir mittellen, daß sich die insgesamt ausgezahlte Lohnsumme im Jahre 1927, also nach der erfolgten durchschnittlichen zehnprozentigen Erhöhung für Kalisalze, gegenüber dem Jahr 1926 nur um 1 400 000 Mk. gestiegen ist. Dagegen sind die Mehreinnahmen des Großhandels in Form von Rabatten während der gleichen Zeit um ungefähr das Dreifache gestiegen. Wenn schon eine Preiserhöhung für Kalisalze in Erwägung gezogen werden

Eine Konferenz der Kunstseidearbeiter.

Für die in der Kunstseideindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 18. November 1928 in Hannover eine Konferenz statt, an der 50 Kollegen und 7 Kolleginnen teilnahmen. Davon waren 41 von den in Frage kommenden Betrieben bzw. von den zuständigen Zulieferern delegiert. Ferner waren neun Gewerbetreibende und sieben Kollegen vom Hauptvorstand anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Entwicklung der Kunstseideindustrie und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Referent: Kollege Haupt (Hannover). 2. Die Agitation in der Kunstseideindustrie unter Berücksichtigung der Anprüche des Textilarbeiter-Verbandes. Referent: Kollege Segerer (Hannover). 3. Agitation und Frauenfragen in der Kunstseideindustrie. Referentin: Kollegin Jammet (Hannover).

Der Kollege Grohmann (Hannover) als Vorsitzender eröffnete dem Kollegen Haupt das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Kollege Haupt gab in seinem Referat ein Bild der geschäftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Kunstseideindustrie. Der Wunsch nach Selbe hat noch vielen Versuchen zu dem heutigen hohen Stande der Kunstseideindustrie geführt. Die ersten Versuche fanden in Frankreich statt. Von der Herstellung der Kunstseide aus Nitrozellulose gelangte man allmählich zum Kupferoxydammolakerverfahren, das eine weniger leicht brennbare Kunstseide lieferte als die Nitrozellulose. Kupferoxydammolakerverfahren, das noch in vielen Fabriken üblich ist, kam man zum Diskoseverfahren und zur Acetatlösung. Diese ist allerdings noch sehr teuer, daher ist der Absatz gering. Am meisten wird die aus dem Diskoseverfahren gewonnene Kunstseide gekauft. Das Gläubigerverfahren, wie es in der Glanzstoffgesellschaft geübt wird, ist noch neu.

Da die Kunstseidefasern als hochwertiges Textilsfabrikat zu verwenden und mit anderen Textilfasern zu verarbeiten ist, erklärt sich das große Interesse, das die Textilindustrie an der Kunstseideverarbeitung nimmt. Heute werden in der Kunstseideindustrie ungefähr 40 000 Personen beschäftigt, davon etwa 21 500 Frauen. Einige Kunstseidefabriken werden von der Textilindustrie als Nebenbetriebe geführt. Aber auch in diesen Betrieben hängt Herstellung und Weiterverarbeitung nicht zusammen. Die schließlich stattgefundenen Eingänge zwischen der chemischen und der Textilindustrie sah vor, daß die chemische Industrie den Kunstseidefabriken, die Textilindustrie ihr weiterverarbeiten sollte. Die rasche Entwicklung der Kunstseideindustrie zeigt sich in den Produktionszahlen der Jahre 1900 bis 1927. Im Jahre 1900 wurden auf der ganzen Welt ungefähr 700 Tonnen Kunstseide hergestellt. 1909 waren es 7500 Tonnen, 1925 aber in Deutschland allein 85 000 Tonnen und 1927 gar 145 000 Tonnen. Im Jahre 1928 wird die deutsche Kunstseideproduktion kaum viel unter 200 000 Tonnen bleiben. Allerdings beträgt die Kunstseideproduktion nur etwa zwei Prozent der Produktion von Naturseiden, aber es muß mit einem weiteren Vordringen der Kunstseide gerechnet werden.

Das von vielen technischen Erfüllungsgegenwart begleitete Referat, das von einer gründlichen Fachkenntnis auf diesem Gebiete zeigte, wurde mit lobhaftem Beifall aufgenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung führte der Kollege Segerer u. a. aus: Die Kunstseideindustrie als junges entwicklungsfähiges Mitglied der chemischen Industrie gehört zu einer der stärksten Kapital- und Wirtschaftsgruppen der Gegenwart. Die Unternehmer dieser Industrie nehmen auf dem Gebiete des Zusammenschlusses und der Organisation eine hohe Stufe ein. Durch ihr enges Zusammenarbeiten haben sie die Möglichkeit einer Einigung über den Preis ihrer Erzeugnisse. Von den etwa 40 000 in der Kunstseideindustrie beschäftigten Personen sind rund 20 000 Arbeiterinnen. Wir haben in der Kunstseide ein im allgemeinen gutes Organisationsverhältnis. Der weitaus größte Teil aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie gehört außerhalb an. In welchem Maße folgen der Deutsche Textilarbeiterverband und die anderen freien Gewerkschaften. Die offiziellen Verbände haben in der Kunstseideindustrie wenig Mitglieder. Nachdem der Referent auf die verschiedenen Agitationstechniken hingewiesen, schloß er fort: Der Textilarbeiterverband ist die für die Kunstseideindustrie zuständige Organisation, denn der Produktionsprozeß bei der Herstellung der Kunstseide ist durchweg ein chemischer Prozeß. Die von uns erwarteten Kunstseidebetriebe gehören zur chemischen Industrie. Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden geregelt durch den Tarifvertrag für die chemische Industrie.

Der Beifall der Konferenz zeigte die Übereinstimmung mit den vorgebrachten Grundsätzen.

Die Kollegin Jammet (Hannover) wies beim dritten Punkt der Tagesordnung darauf hin, daß die Frauen in der Kunstseideproduktion eine wichtige Rolle spielen und sich ihres Wertes besser bewußt werden müssen. Die Kunstseideindustrie kann die weibliche Arbeitskraft nicht entbehren. Aber viele Arbeiterinnen wirken recht nachgiebig auf die Gesundheit der Frauen, besonders auf jüngere Arbeiterinnen und auf Schwangere. Bei der Agitation unter den Arbeiterinnen ist zu beachten, daß diese aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten stammen. Viele Angehörige der Landbevölkerung, des Mittelstandes usw. suchen in der Kunstseideindustrie Verdienst. Sie sind vielfach geradezu verbandsfeindlich eingestellt. Aber sie genießen doch die Vorteile, die der Verband für die Arbeiterschaft erzielt, also müssen sie auch auf irgendwelche Weise zur Organisation gedrängt werden. Es ist viel Eckt und Geschick zur erfolgreichen Agitation unter den Frauen nötig. Man soll die Arbeiterschaft möglichst zur Funktionstüchtigkeit, also auch zur Agitation, mit heranziehen. Die gewerkschaftliche Mitarbeit der Frauen liegt auch im Interesse der Männer, nicht von wenigen beim Lohnproblem. Die Männer müssen ihren Mitarbeiterinnen Achtung und Verständnis entgegenbringen. Schließlich sind die Frauen in den Betrieben nicht nur Kolleginnen, sondern auch Schicksalsgenossinnen und müssen nur notwendig auch Mitkämpferinnen sein. Wir verlangen für die Frauen die gleiche Werbung wie für die Männer. Da so viele Frauen und Mädchen in der Kunstseideindustrie beschäftigt sind, ist es unbedingt erforderlich, daß geeignete Kolleginnen zur Mitarbeit in den Betriebsvertretungen herangezogen werden, denn der Einfluß einer Frau ist bei Arbeiterschaftsfragen im Betrieb oft sehr groß. Dann würde sicherlich auch die Zahl der organisierten Arbeiterschaft eine starke Zunahme erfahren. Das Referat wurde mit viel Beifall angenommen.

Den drei Referaten schloß sich eine lebhafte Diskussion an, an der sich die Kollegen Steffen (Bitterfeld), Wirth (Köln), Brümmer (Alsfeld), Hartwig (Köln), Schäck (Wiesbaden), Steldinger (Rheine), Hertel (Augsburg), Pries (Oberbruch), Reibel (Oberbruch), Thiemig (Hannover), Sträßer (Waldhof), Breitbach (Freiburg i. Br.), Alida (Hoffa a. M.), March (Wittenberg), Haupt (Hannover), Park (Hannover) und Spiegel (Augsburg) beteiligten. Fünf der Delegierten berichteten von den Schwierigkeiten, die sich ihrer Agitationstätigkeit in den Weg stellten, aber es zeigte sich auch bei allen der seife Wille, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Von vielen Delegierten konnte über nachhaltige Erfolge in ihren Bezirken berichtet werden. Die Diskussionen der Kollegen Schäck (Wiesbaden) zeigten, daß in der Kunstseideindustrie auch unter der verhältnismäßig schlecht gestellten Arbeiterschaft Schlesiers bei Fleisch und Ausdauer gute Erfolge unter den Arbeitern wie auch unter den Arbeiterschaften möglich sind. Der Kollege Thiemig (Hannover) beschäftigte sich mit den Grenzstreitigkeiten und wies darauf hin, daß die bei uns organisierten Arbeiter in der Kunstseideindustrie mit der Arbeit unseres Verbandes zufrieden sind und nicht daran denken, zu einer anderen Organisation überzugehen.

Der Begriff Arbeit.

Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörenden Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur arbeitet, ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.

Karl Marx im Kapital.

sollte, dann müßte dies geschehen auf Kosten verminderter Rabatte für den Großhandel.

Wie die Verhältnisse aber augenblicklich liegen, ist an eine Preiserhöhung für Kalisalze nicht zu denken. Selbst wenn sich in den gesetzgebenden Körperschaften eine Mehrheit dafür finden sollte — was unseres Erachtens aber nicht der Fall ist —, könnte hierbei nur eine Preiserhöhung von ganz unerheblicher Bedeutung in Betracht kommen. Vielleicht würde dann der Landwirt den Doppelzentner 40prozentiges Düngemittel 10 Pf. billiger kaufen als bisher. Mit einer solchen Preiserhöhung wird praktisch gar nichts erreicht.

Wir haben aber die Tatsache zu verzeichnen, daß die Kalindustrie im laufenden Jahr einen äußerst guten Absatz hat und auf Grund dessen auch gute Geschäftsergebnisse erzielt. Dass diese Ergebnisse in erster Linie eine Folge der Rationalisierung sind, soll ohne weiteres anerkannt werden. Wir müssen aber verlangen, daß an den Erfolgen der Rationalisierung auch die Kaliarbeiter teilnehmen in Form von kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen. Wenn in der rationalisierten Kalindustrie heute noch die neuneinhalbstündige Arbeitszeit vorherrscht ist, so ist dieses mit den Erfolgen der Rationalisierung und den Geschäftsergebnissen nicht in Einklang zu bringen. Deshalb verlangen wir, daß, bevor überhaupt von einer Preiserhöhung für Kalisalze geredet wird, Arbeitszeit und Löhne der Kaliarbeiter den Verhältnissen in anderen Industrien angepaßt werden.

In der Arbeiterpresse sollte man deshalb die Frage der Preiserhöhung für Kalisalze unter Berücksichtigung der oben angegebenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kaliarbeiter äußerst vorsichtig behandeln. wh.

Künstlicher Kaufschuh.

Als vor langerer Zeit Geheimrat Dr. v. Weinberg in einer Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands geschildert hatte, daß die Herstellung künstlichen Kaufschuhs auf wirtschaftlicher Grundlage möglich sei, wurden diese Ausführungen vom Vorstand der J.-G. Farbenindustrie stark abgeschwächt. Kurze Zeit darauf erklärte trocken Geheimrat Professor Dr. Bosch, daß die J.-G. Farbenindustrie der Herstellung künstlichen Kaufschuhs größere Bedeutung beizumessen, als der Kalihersteller verfüge. Inzwischen wurde bekannt, daß künstlicher Kaufschuh in größeren Mengen verschüßweise hergestellt wird und daß eine bedeutende Gummifabrik diesen Kaufschuh auf Fahrrad- und Automobilbereifung verarbeitet. In der letzten Zeit wurde öffentlich bekanntgegeben, daß Gummireifen aus künstlichem Kaufschuh auf dem Markt eingeführt werden, und in den letzten Tagen ging die Polizei durch die Presse, daß die Herstellung von Automobilbereifung aus künstlichem Kaufschuh in das Stadium der Wirtschaftlichkeit getreten sei. Damit ist gesagt, daß künstlicher Gummi als Fahrradbereifung vom Markt nicht mehr verschwinden wird. Die Auswirkung dieser Erfahrung, die bekanntlich erst durch die Kohleverflüssigung möglich wurde, wird sich bald auf dem Kaufschuhmarkt bemerkbar machen. G. Haup.

Wir bedauern die Auseinandersetzungen mit den Tiefarbeitern, aber wir müssen auch unsere Rechte wahren.

In Ihren Schlußworten sahen die Referenten die Erfahrungen gesammelt, über die einzelne Diskussionsredner berichtet hatten. Vor allem auf den bestimmenden Einfluß in den Betriebsvertratungen hinzuweisen werden.

Der Kollege Grohmann (Hannover) bezeichnete die Ergebnisse der Konferenz als durchaus befriedigend. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Zusammenkunft zu neuen Erfolgen in der Organisationsarbeit zum Wefen der Arbeiterschaft in der Industrieindustrie führen würde und schloß mit den Worten des Dankes an alle Teilnehmer die Konferenz.

Explosion in einer Glassofabrik.

Am 22. November erfolgte aus bisher nicht festgestellter Ursache in einem Raum der Arnsfelder Glassofabrik, A. W., eine folgenschwere Explosion mit schwerer Verletzung, doch eine Wandwunde und das Dach erheblich beschädigt wurde.

Ein Arbeiter, der sich außerhalb des Gebäudes befand, wurde von der umhüllenden Woge verschüttet und schwer verletzt. Drei andere Arbeiter, deren Kleider Feuer fingen, erlitten schwere Brandwunden. Todesopfer sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Wir erinnern im Zusammenhang mit diesem Unglücksfall daran, daß vor kurzem im gleichen Betriebe erst eine Überexplosion stattfand. Weihin scheint Leben und Gesundheit der Arbeiter dieses Betriebes erheblichen Gefahren ausgesetzt zu sein. Der Betrieb R. S.

Papier-Industrie

Klagen der Bunt- und Chromopapierindustrie.

In Nr. 78. Jahrgang 1928, der "Papierzeitung" schildert Hans Schulze (Leipzig) unter der Überschrift "Gestrichene Papiere" die Entwicklung der deutschen Bunt- und Chromopapierindustrie. zunächst führt er die seit mehr als 50 Jahren bestehenden Firmen wöchentlich auf und kommt zu der Feststellung, daß sich im Laufe der Jahrzehnte 60 Firmen in Deutschland mit der Herstellung von Bunt- und Chromopapier beschäftigt haben, von denen heute noch ungefähr die Hälfte übrig ist. Schulze weist dann darauf hin, daß infolge des Weltkrieges sich mehrere Länder durch Einrichtung eigener Streichereien von der deutschen Bunt- und Chromopapierindustrie unabhängig gemacht haben, die zum Teil durch hohe Schutzzölle diese junge Industrie vor der Einfuhr deutscher Papierarten zu schützen suchen. Er schweift fort auch, daß Belgien mit seiner starken Bunt- und Chromopapierindustrie um 30 Prozent niedrigere Löhne als Deutschland habe, bei geringeren Steuern und sozialen Lasten, wodurch die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt ins Hintertreffen gerate. Der Hinweis auf die niederen Löhne Belgiens trifft unserer Ansicht nach daneben. Vom gleichen Gesichtspunkte aus könnten wir hervorheben, daß Amerika Löhne hat, die 100 bis 200 Prozent über den deutschen liegen und trotzdem auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist. Für die Preisbildung auf dem Weltmarkt sind auch nicht nur die Löhne verantwortlich, sondern im wesentlichen andere Faktoren. Auslösendes Element für die Preisbildung ist neben der technischen Entwicklung des Betriebes, der Herstellung von Qualitätssarbeit, vor allen Dingen auch das Preiseniveau der Rohstoffe und der übrigen Fabrikationsprozeß unumgänglich notwendigen Materialien. Es ist doch wirklich kein Geheimnis mehr, daß viele Industrien Deutschlands und darunter nicht zuletzt die Papierindustrie die Inlandspreise unangemessen hochhält auf Kosten der Auslandsspreise.

Gedruckt sicherlich aber nicht es, wenn Schulze weiter behauptet: "Bei uns in Deutschland bestimmen die Schlichter die Höhe des Lohnes, wobei der Arbeitgeber kann noch mitzureden hat." Tatsächlich gibt es solche Schlichter in Deutschland nicht — die deutsche Arbeiterschaft könnte mit viel größerem Recht das Gegenteil behaupten — und zweitens sollte selbst Herr Schulze wissen, daß die Schlichtungskammern partizipativ bestellt sind und deshalb in diesen die Arbeitgeber genau soviel Mitspracherechte haben wie die Arbeitnehmer. Wir können auch wirklich nicht behaupten, daß die Aussöhnung richtig sei, wonach die deutschen Schlichter die Ausfahrmöglichkeiten nicht berücksichtigen; im Gegenfall haben wir bei den Schlichtungsverhandlungen sehr häufig das Gefühl gehabt, daß die Schlichter auf die unkontrollierbaren Angaben der Arbeitgeber viel mehr Gewicht legen, als den Interessen der deutschen Wirtschaft zuträglich ist.

Würde Herr Schulze nicht für den Faschismus schwärmen, so hätte er kaum die italienische Wirtschaftsdiktatur in Italien zum Vergleich herangezogen. Wörtlich schreibt er darüber: "Nach einem Vortrag des italienischen Universitätsprofessors Dr. Robert Michels im Institut für Weltwirtschaft in Leipzig ist der Faschismus eine liberale Idee, ein Versuch des Staates, über Kapital und Arbeit zu verfügen im Sinne der Nachfrage; er vertritt die Differenzen zwischen beiden auszugleichen, beide in ein gemeinsames Führeramt, in das Bett starker Unterordnung unter den Staat zu bringen, zu verschaffen und Streit und Assoziationen zu verhindern. Der italienische Staat ist einer starken Druck auf Kapital und Lohn aus; Kapital und Arbeitnehmer sollen beide große Opfer bringen, um die Erzeugung und Ausfuhr möglichst zu fördern."

Es ist natürlich eine Ironie der Weltgeschichte, wenn ein faschistisch gefasster Professor in Leipzig die Wirtschaftsdiktatur Italiens als „seine liberale Idee“ hinstellt. Auf gleicher geistiger Höhe stehen aber auch manche deutsche Staatsbürger, die derartige Vergleiche kritiklos einzufinden. Die deutschen Unternehmer und deren Vertreter sollten die Lehren ziehen, die solche faschistische Methoden zum Vergleich heranziehen, da sie in erster Linie es waren und es heute noch sind, die im Kampfe gegen die sozialistische Zwangswirtschaft voran führen. Wir erinnern nur an den rasinären Kampf der Unternehmer und deren Egoistie gegen die Sozialversicherungswirtschaft, sowohl diese Herrschäften genau wissen, daß der freie Weltmarkt eine noch größere Ausdehnung der Krise durch ungenügende Wettbewerbsregeln mit sich bringt, wodurch die Arbeiter gezwungen wären, in Form neuer Schichtförderungen und Schichtarbeitszeit einen Ausgleich für die Verkürzung ihrer Lebenshaltungsbedürfnisse zu schaffen, und wiederum noch Unzulässigkeit durch weitere Preissteigerungen zu erzielen sind. Die deutschen Unternehmer, wenn sie sich auch für die feindselige Wirtschaftsdiktatur begeistern, müssen aber ganz genau, daß die Leidtragenden dieser Krise in Italien die Unternehmer selbst und nicht die Unternehmer bestrafen sind, was deren Grunde

und Wahrheitlichkeit kollektiv Mussolini abdingt; sie müssen ganz genau, daß der italienische Regierungsrück nicht auf das Kapital, wohl aber auf den Lohn ausgeübt wird, und sie müssen ebenso gut, daß die Opfer dieser Diktatur die Arbeiter und nicht die Kapitalisten zu bringen haben.

Läßt sich schon die italienische Wirtschaftsdiktatur in Deutschland nicht durchführen, so gibt es noch eine zweite Methode, die nach Hans Schulze einen Idealzustand darstellt. Es handelt sich bei diesem System um die amerikanischen Ausdeutungsmethoden. Auch hierüber berichtet Schulze: "In den Vereinigten Staaten ist es anders. Wie der Chicagoer Buchdrucker Otto Körner in einem in Leipzig gehaltenen Vortrage neuerlich ausführte, werden dort alle Fragen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur vom ökonomischen Standpunkt, nie vom politischen aus behandelt; der Staat mischt sich so gut wie gar nicht in die Arbeitsverhältnisse ein. Wenn z. B. neue Fahrplanänderungen oder neue Abrechnungen pünktlich herauskommen sollen, dann wird auch einmal 24 Stunden hintereinander gearbeitet. Schön ist das letztere gewiß nicht, aber dieser Fall zeigt doch die ungeheure Unfreiheit der deutschen Industrie, die neben den großen Lasten zur Versteuerung führen muß."

Der Zweck dieser ganzen Ausführungen ist also die Fortdauer nach unbeschränkter Ausdeutung der Arbeitskräfte und ein Verbot jeder Einmischung des Staates in die sozial- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse. Dieser Schrei der geplagten Bunt- und Chromopapierfabrikanten ist nicht neu. Interessant ist nur, daß, um zur rücksichtslosen Ausdeutung der Arbeiterschaft zu gelangen, die Herrschaften auch nicht davor zurückstehen würden, die Mussolinische Zwangswirtschaft, Partei- und Wirtschaftsdiktatur zu akzeptieren. Aus den Ausführungen von Hans Schulze geht der ganze Haß des reaktionären Unternehmers gegen die aufstrebende gewerkschaftlich organisierte und Sozialpolitikfordernde Arbeiterschaft hervor. Da die deutsche Arbeiterschaft diesen Unternehmerhaß vor der Revolution lange genug am eigenen Leibe spüren mußte, wird sie dafür zu sorgen haben, daß derartige reaktionäre Unternehmerwünsche nicht verwirklicht werden. G. Stähler.

Soziale Arbeitsaufsicht.

Die freien Gewerkschaften fordern die Verstaatlichung der Arbeitsaufsicht, des Unfallschutzes und der Unfallkontrolle als einen wichtigen Teil der Wirtschaftsdemokratie. Infolgedessen entstand auch die Forderung, daß die einseitig von den Arbeitgebern ausgeübte Unfallverhütungsaufsicht der Berufsgenossenschaften beseitigt und auf die Gewerbeaufsicht übertragen wird, und daß fernerhin die Arbeits- und Unfallverhütungsaufsicht durch Kontrolleure aus dem Arbeiterschaft verstärkt wird. Diese Forderungen wurden in der Form eines Gesetzentwurfes als eigener Abschnitt des Arbeitsschutzgesetzes von den freien Gewerkschaften erhoben. Daß das gesamte Unternehmertum gegen diese Forderungen Stellung nimmt, war voranzusehen, ebenso, daß diese Forderungen besonders den Berufsgenossenschaftsvertretern unangenehm sind. Diese Tatsache kam auch recht deutlich zum Ausdruck in der am 18. September 1928 in Köln am Rhein tagenden Genossenschaftsversammlung der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft. In dieser Versammlung kündigte der Direktor der Berufsgenossenschaft, Dr. Wiemer, den Gewerkschaftsentwurf folgendermaßen an: "Es liegt aber ein Abänderungsentwurf der Gewerkschaften vor, der die berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung wesentlich einschränken und die bisher den Berufsgenossenschaften obliegenden Aufgaben der Unfallverhütung und ersten Hilfe auf das Reich übertragen will."

Diese Schreckensbotschaft hatte die ungewollte Wirkung, daß Herr Dr. Hagelberg in der Diskussion feststellte: "Es ist ja gerade die Aufgabe der Berufsgenossenschaft, dafür zu sorgen, daß wir möglichst wenig Entschädigungskosten zu zahlen haben." Die Rentendräckerei der Berufsgenossenschaften ist der Arbeiterschaft längst bekannt. Immerhin ist es erfreulich, wenn diese Tatsache auf einer Genossenschaftsversammlung festgestellt wird. Es ist deshalb auch verständlich, wenn Dr. Hagelberg unter Bezugnahme auf die Forderungen des Gewerkschaftskongresses in Hamburg knappflich ansieht: "Ich erwähne diese Bestrebungen, um darzutun, daß es Pflicht aller Mitglieder der Berufsgenossenschaft ist, an der Durchführung der Unfallverhütungsvorschlägen an ihrem Tell mitzuwirken, einmal aus menschlichen und sozialen Gründen, dann um die Lasten durch Verbesserung der Unfallverhütung herabzumindernd, und schließlich, um der Gefahr zu begegnen, daß die Unfallverhütung den Berufsgenossenschaften genommen und die Selbstverwaltung vernichtet wird."

Wir begrüßen es selbstverständlich, wenn die Berufsgenossenschaften auf ihren Versammlungen ihre Angehörigen auffordern, dem Unfallschutz erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch wir sind der Auffassung, daß die Erhaltung der Arbeiterschaft mit Hilfe eines wirklichen Unfallschutzes höher steht als die Gewährung von Unfallrenten. Wir sind aber ferner der Auffassung, daß bei einem gut ausgebaute Unfallschutz den verunglückten Arbeitnehmern deshalb leichter ausreichende Renten gewährt werden können, und wir bekennen weiter, daß trotz dieser Bestrebungen die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sich von ihren Forderungen nicht abstimmen lassen wird, die daraus hinauskunten, auch an der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung aktiv mitzuwirken zu können. G. Stähler.

Konferenz der Papierarbeiter im Gan.

Für Mittwoch, den 21. November 1928, hatte die Leitung des Ganges 8. Höringen, die Vertreter der Papierarbeiterchaft zu einer Konferenz nach Jena eingeladen. 45 Delegierte aus den Zahlstellen waren dem Anfe der Gauleitung gefolgt. Außerdem waren vom Vorstand der Kollege Grohmann u. und von der Gauleitung der Kollege Schneider erschienen. Der Kollege Schneider eröffnete die Konferenz. Zum Beisitzungsleiter wurde Kol. Schäfer (Alsfeld), für die Mandatsträgerkommissionen wurden die Kollegen Apel (Salzungen) und Reinhardt (Blankenberg) bestimmt.

Samstag Morgen 1 der Tagessitzung: Die Ausführungen der §§ 12 und 13 des GG's. Nicht Kol. Schneider (Erfurt) aus, daß der Betriebsvertrag ein paratographierter Wasserstrahl sei, in dem sich die Grundsätze der Organisation widerspiegeln. Sie stehen darin

ist auch bei der Ausdeutung des Tarifvertrages dessen Umsetzung von der Seite der Organisation abhängt. Diese Ausdeutung des Tarifvertrages sollte nur dann ausgeübt werden, wenn die Möglichkeit gegeben ist, Verhältnisse im Betrieb zu erreichen. Eine der ersten Aufgaben unserer Organisation besteht in der Erhaltung einer möglichst kurzen Arbeitszeit. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit gehören in den wichtigsten Schwerpunkten des Tarifvertrages. Die Bestimmungen des § 7 des GG's für die Papierindustrie sind, obwohl klar abgefaßt, doch ein Grund zu vielen Streitigkeiten in den Betrieben innerhalb des Bezirks geworden. In den Betrieben berichten die Arbeitgeber die Bestimmungen in ihren Gütern auszulegen. Trotzdem kann heute festgestellt werden, daß in der Papierindustrie das Drehschichtsystem in allen Betrieben durchgeführt ist. Unter Hauptangestellt besteht nun darin, in den Betrieben dafür zu sorgen, daß auch die gesetzliche und tariflich vorgelassene Überarbeit auf das geringste Maß herabgesetzt wird. Der augenblickliche Vorfahrt oberster Verdienst wird ich immer ungern auf die günstige Lohngestaltung aus.

Sehr stark berücksichtigt die Arbeiterschaft innerhalb unseres Bezirks das Prämien- und Akkordsystem. In dieser Hinsicht ist durch die §§ 12 und 13 des GG's eine Rechtsgrundlage für die Arbeiterschaft geschaffen. Aber auch viele Bestimmungen bliden heute noch eine Quelle von Streitigkeiten in fast allen Betrieben. Die große Unterschiedlichkeit in der Papierindustrie innerhalb unseres Bezirks liegt dazu bei, die Schwierigkeiten zu vergrößern. In leicht verändelter Weise schloß der Referent die Festschrift Anwendung und Belebung des Prämien- und Akkordsystems. Er zeigte, wie diese Bestimmungen auf Grund der §§ 12 und 13 des GG's durch die Organisationsleitung ausgelegt werden und in den Betrieben zur Durchführung gebracht werden müssen. Aufgabe und Pflicht der Betriebsvertretungen in der Papierindustrie ist es, diese Auslegung sich zu eignen zu machen, sie in die Wirklichkeit umzuleiten.

In der Ausdrache wurden die verschiedenen Erfahrungen in den einzelnen Betrieben über die angeführten Paragraphen des GG's vorgefragt. Zu diesem Punkte sprachen die Kol. Hoffmann, Schöberlein, Odamer, Weizmann und Stöckert aus Blankenberg, Schneider (Heiligenstadt), Gerhard (Gera), Köhler (Altenburg) und Grohmann (Hannover). Leichter ging insbesondere auf die Entscheidung der Prämien- und Akkordbestimmungen des Tarifvertrages in längeren Ausführungen ein und konnte nachweisen, daß diese Bestimmungen in der Nachkriegszeit abgeschafft wurden, aber durch die Kollegen wieder zur Einführung gezwungen. Werden die Bestimmungen in den Betrieben so angewendet, wie es vom Referenten empfohlen wurde, wird sich manches Gute für die Belegschaft heraussuchen lassen. Im Schluswort hofft der Kol. Schneider einige gestellte Fragen und spricht die Hoffnung aus, daß das hier vorgebrachte Material in Zukunft volle Beachtung durch die Organisationsleitung finden wird.

Dann behandelt der Kol. Schneider die Organisationsleistung, die Arbeiterschaft im Gan. und erläuterte die verschiedenen Agitationsmethoden, die in diesem Winter angewendet werden müssen. Die Ausführungen des Kol. Schneider wurden noch durch die Kol. Apel (Salzungen), Gerhard (Gera), Reinhardt (Blankenberg) und Schneider (Heiligenstadt) durch Darlegung der verschiedenartigen Betriebsverhältnisse ergänzt.

In den Saalbetrieb wird der Kol. Schöberlein (Blankenberg), und als dessen Stellvertreter der Kol. Schäfer (Weberfeld) einstimmig gewählt. Vom Kol. Schäfer wird das Ergebnis der Tagung noch einmal kurz zusammengefaßt und die Kollegen zur weiteren Bearbeitung für die Organisation aufgefordert. Soll die Arbeit der Konferenz Früchte tragen, dann muß das hier vorgebrachte Material in den Betrieben weiter verbreitet und Allgemeingut der Belegschaften werden. Sch.

Wirtschaftliches.

Erhöhtes Unternehmereinkommen.

Das Institut für Konjunkturorschung stellt im Heft A 8 fest: "Das Dividenden- und Zinseninkommen fließt aus Jahreszeitlichen Gründen in den Sommer- und Herbstmonaten nicht im gleichen Umfang wie in den ersten beiden Vierteljahren. Immerhin spricht die Bewegung des Auskommens aus dem Steuerabzug vom Kapitalertrag — es war im dritten Vierteljahr dieses Jahres um rund 34 v. H. höher als im dritten Vierteljahr 1927 — dafür, daß das Vermögensinkommen gegenwärtig nicht unbeträchtlich größer ist als vor Jahresfrist." — Das gleiche können die Arbeitnehmer nicht von sich sagen.

Literarisches.

Weltgeschichtsbücher.

Nr. 278-279. Karl Marx und die Gewerkschaften. Aufsätze und Dokumente von Karl Marx. Herausgegeben und eingeleitet von Friedrich Hertneck. 155 Seiten.

Nr. 265. Eduard David. Aus Deutschlands schwerster Zeit. Schriften und Ber. aus den Jahren 1914 bis 1918. 90 Seiten.

Nr. 307. Theodor Seeger. Führen und Folgen. 88 Seiten.

Nr. 293. Richard Seidel. Gewerkschaften und politische Parteien in Deutschland. 71 Seiten.

Nr. 323-324. Jean-Jacques Rousseau. Der Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des Staatsrechts. Aus Deutsche übertragen und eingeleitet von Fritz Roepke. 145 Seiten.

Die Weltgeschichtsbücher erwerben sich die Freundschaft weiter Kreise in zunehmendem Maße. Sie durch die Wahl ihrer Veröffentlichungen Verbindung mit jeder starken Strömung kulturellen und gesellschaftlichen Lebens suchen, finden sie immer mehr Eingang in alle Schichten des Publikums. Die Zahl der Bändchen, deren Inhalt der Geisteswelt des Sozialismus und der Arbeiterschaft entnommen ist oder auf Probleme unseres Interessenkreises einwirkt, hat sich schnell vermehrt. Friedrich Hertneck hat eine treffliche Auszählung der Auflösungen über die Gewerkschaften zusammengestellt, die in den Schriften Karl Marxs vertreten vorhanden sind, aus denen heraus Marx' Anschwanger über Eduard David entholt Reden, Aufsätze und Auszüge aus Büchern Davids aus der Zeit vom 4. August 1918 bis zum 11. August 1919.

Geiger erörtert in seinem Bändchen "Führen und Folgen" in einer nüchternen, reizvollen Weise. Es handelt sich um das Problem Massen und Führer".

Seidel unterrichtet die Beziehungen der einzelnen Richtungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu den jeder Richtung verwandten politischen Parteien in den verschiedenen Phasen der Entwicklung der Gewerkschaften.

Als neuestes Band bringt die Sammlung Rousseaus Gesellschaftsvertrag mit einer kurzen oder instruktiven Einleitung von Fritz Roepke.

Jedes Bändchen kostet 0,65 Mk. Doppelnummern (Marx und Rousseau) 1,25 Mk. Den Vertrieb der Weltgeschichtsbücher an Gewerkschafter hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a, übernommen.

Weltgeschichte: Zahlen, die uns angehen. 80 Seiten. Preis 2 Mk. Neuer Frankfurter Verlag, G. m. b. H., Frankfurt am Main, Mainzer Straße 5. Die Broschüre enthält tatsächlich die am häufigsten gebrauchten neuesten statistischen Zahlen aus den verschiedenen Gebieten. Auf jedem Papier ist die Anordnung des Schriftmaterials so, daß der Benutzer auf den ersten Blick darstellt hat. Ein vorzügliches Inhaltsverzeichnis und eine kurze Einleitung des Verfassers.